

Teilgutachten

über das türkische

PRÄSIDIUM FÜR RELIGIÖSE ANGELEGENHEITEN
(DIYANET İŞLERİ BAŞKANLIĞI)

in seiner Eigenschaft als Institution religiöser Orientierung für den

DITIB-Landesverband Hessen e.V.

Erstellt im Auftrag des Hessischen Kultusministeriums

von

Dr. Günter Seufert

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

am 15. April 2017

Nachtrag: aktuelle Entwicklungen bis Ende September 2017

POLITISCHER KONTEXT, FRAGESTELLUNGEN, HERANGEHENSWEISE

DIE DIYANET IM SPANNUNGSFELD VON ISLAM, SÄKULARISMUS UND ISLAMISMUS

Die Diyanet als Produkt der türkischen Säkularisierung. Die schrittweise Ausgrenzung religiöser Diskurse und Normen aus Verwaltung und Politik

Die Diyanet als Zankapfel von säkularen und religiösen Kräften

Muslimische Politik jenseits von Traditionalismus und Islamismus

DAS JANUSGESICHT DER DIYANET ALS POLITISCHES KONTROLL- UND LENKUNGSINSTRUMENT DER TÜRKISCHENREGIERUNG UND ALS 'KIRCHE'

Der kirchliche Charakter der Diyanet

Der kirchliche Charakter der Diyanet im Erstgutachten
Legitimität und die anhaltende religiöse Autorität der Diyanet in der türkischen Gesellschaft

Der bürokratische Charakter der Diyanet

Sich abzeichnende faktische Autonomie der Diyanet im Erstgutachten

Die Diyanet als staatliches Lenkungs- und Kontrollinstrument und zwei Linien zur Überwindung des regierungsamtlichen Charakters der Behörde

Die Unabhängigkeit der Behörde als Schritt zur Rehabilitierung und zur Ermächtigung der islamischen Religion in Gesellschaft (und Politik?)

Die Unabhängigkeit der Behörde als Schritt zur Verstärkung des zivilen Charakters der Religion und zur effektiven Auseinandersetzung mit besorgniserregenden Strömungen im nationalen und internationalen Islam

Die Intensivierung der Anbindung der Diyanet an die Regierung im Rahmen der türkischen Außenpolitik

Die Haltung der Bevölkerung zur zukünftigen Struktur und zu den Aufgaben der Diyanet

DIE AKTUELLE HALTUNG DER DIYANET ZU EINZELNEN GEGENSTANDSBEREICHEN

Die Stellungnahme der Diyanet zu Fethullah Gülen

Die Stellungnahme der Diyanet zur Ideologie des Islamischen Staates

Die Haltung der Diyanet zu den Aleviten

Die Haltung der Diyanet zu nicht-muslimischen Minderheiten und zur Mission

Die Haltung der Diyanet zur Frauenfrage

ZUSMMENFASSENDE THESEN

NACHTRAG: AKTUELLE ENTWICKLUNGEN BIS SEPTEMBER 2017

In der allgemeinen Politik

Im Zusammenhang mit der Diyanet

Schlußfolgerungen

INTERVIEWS UND HINTERGRUNDGESPRÄCHE

0. Politischer Kontext, Fragestellungen, Herangehensweise

Dieses Gutachten zum religiösen und politischen Charakter sowie zur Lehre und zur Praxis des türkischen Präsidiums für religiöse Angelegenheiten (kurz: Diyanet) ist Teil eines Gesamtgutachtens über den Hessischen Landesverband der Türkisch-Islamischen Union der Religionsbehörde (kurz: DITIB). Das Gesamtgutachten dient der Beantwortung von Fragen, die das Hessische Kultusministerium in einem "Konzeptpapier"¹ aufgeworfen hat. Ein erstes Gutachten vom März 2012² hatte zur Anerkennung des DITIB-Landesverbandes Hessen als Religionsgemeinschaft im Sinne des GG geführt. Das jetzt vorliegende neue Gutachten dient der Vorbereitung der Entscheidung darüber, ob die damals getroffene Beurteilung Bestand haben soll.

Die Einschätzung der türkischen Religionsbehörde spielt dafür eine nicht unerhebliche Rolle, sind die Beamten (din görevlisi) der Diyanet doch als entsandte Vorbeter (Imame) und Seelsorger in den Moscheen des Landesverbandes tätig und hat die Diyanet durch die überaus starke Präsenz ihrer Beamten in den Entscheidungsgremien des DITIB-Dachverbandes in Köln und in den Landesverbänden nicht nur die Möglichkeit, einzelne Entscheidungen zu beeinflussen, sondern kann auch die Zusammensetzung der Gremien selbst und damit die langfristige Ausrichtung der Religionsgemeinschaft maßgeblich bestimmen.

Der generelle Anlaß für die Neubewertung von DITIB-Hessen und in diesem Zusammenhang der Diyanet sind die sich zuspitzenden politischen Verhältnisse in der Türkei, deren Auswirkungen auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern zu spüren sind und die die Frage nach der religiösen und politischen Rolle der Religionsbehörde in der Türkei und im Ausland erneut auf die Tagesordnung setzen.

In der Literatur mehren sich die Stimmen, die der regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) einer Abkehr von der Säkularisierung, Europäisierung und Westanbindung bezichtigen, Ziele, auf die türkische Regierungen seit Ausrufung der Republik 1923 ungeachtet vieler Unterbrechungen hingearbeitet haben. Im Gegensatz dazu verfolge die AKP heute "die religiös-konservative Umgestaltung der Gesellschaft im Einklang mit osmanischer Politiktradition und islamischen Werten".³ Es bestehe "die Gefahr, daß religiöse Praxis und ihre ethischen Grundlagen in staatliche Gesetze gegossen"⁴ und so für alle Bürger verbindlich gemacht würden. Seit 2012 arbeite die AKP "systematisch an der Islamisierung des Bildungssystems", eine Politik, die sehr wohl zu einer "sunnitisch-islamischen Radikalisierung von Teilen der Gesellschaft"⁵ führen könne.

1 Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen in Hessen in Kooperation mit DITIB Landesverband Hessen e.V. nach Art. 7 Abs. 3 GG; hier: Überlegungen für eine erneute Begutachtung, kurz: **'Konzeptpapier'**.

2 Im Folgenden: **'Erstgutachten'**.

3 Markus **Dreßler**, "Erdoğan und die 'Fromme Generation'", *Aus Politik und Zeitgeschehen* 27.2.2017, S. 23-35, hier S. 26.

4 İştâr Gözaydın, *Religion, Politics and the Politics of Religion in Turkey*, Berlin 2013, S. 25.

5 Svante E. Cornell, "The Islamization of Turkey: Erdoğan's Education Reforms", *Turkey Analyst* 2.9.2015, <https://www.turkeyanalyst.org/publications/turkey-analyst-articles/item/437-the-islamization-of-turkey-erdo%C4%9Fan%E2%80%99s-education-reforms.html>.

Im Lande selbst sehen selbst wertkonservative Autoren die Tendenz, daß der Islam auf eine Gegnerschaft zu säkularen Gruppen in der Gesellschaft reduziert wird und seiner ethischen Dimensionen verlustig gehe.⁶ Die Staatsführung macht sich seit geraumer Zeit ungeniert eine stark religiös gefärbte Rhetorik zum Ziele des Machterhalts zu Eigen. Sie setzt jegliche innenpolitische Opposition mit einer Agententätigkeit für ein Europa gleich, das der Türkei unversöhnlich gegenüber stehe und alles daran setze, das Land zu schwächen um damit der islamischen Welt ihre natürliche Führung zu rauben.⁷ So radikal und unversöhnlich dem Westen gegenüber führt die Regierung den Diskurs, daß man in Israel bereits vor der Entstehung eines "sunnitischen Irans" warnt.⁸

In Rahmen des Gutachtens soll deshalb zum Einen geprüft werden, ob sich angesichts der aktuellen politischen Auseinandersetzung in der Türkei und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Polarisierung **die Lehre der Diyanet im Hinblick Werte und Prinzipien wie Toleranz, Religionsfreiheit, religiöse Pluralität, Grundrechte Dritter⁹ und Geschlechtergerechtigkeit** zum Negativen verändert hat. Augenmerk soll auch darauf gelegt werden, ob sich ein politischer Islam¹⁰ in Politik und Gesellschaft ausbreitet, in der Diyanet Widerhall findet und so Einfluß auf die DITIB nehmen könnte. Das Erstgutachten hatte der Behörde die Verbreitung und Bekräftigung eines gemäßigten Mainstream-Islam bescheinigt, aber bereits vor ihrer möglichen Instrumentalisierung im Sinne einer islamistischen Politik gewarnt.¹¹

Zum zweiten soll danach gefragt werden, inwieweit im ersten Gutachten notierte Ansätze zu einer **größeren Distanz der Religionsbehörde zur Tagespolitik der türkischen Regierung** verwirklicht worden sind und ob - wie vorsichtig auch immer - Schritte dahingehend unternommen worden sind, die Diyanet aus der Position eines direkten Befehlsempfängers der Regierung zu entlassen und ihr zumindest in der Formulierung inhaltlicher Positionen ein stückweit Autonomie zuzubilligen, was im Erstgutachten als zumindest prinzipiell möglich diskutiert wurde.

Um die genannten Fragen zu klären, nähert sich dieses Teilgutachten der Diyanet unter drei Gesichtspunkten und auch in drei Kapiteln, die freilich eng miteinander verflochten sind.

Im ersten Kapitel **geht es um die Rolle der Diyanet in der Säkularisierung von Staat und Gesellschaft in der Türkei und um das Verhältnis der Diyanet zu einem "politischen Islam"**, dem im allgemeinen Sprachgebrauch der Wille zur Formung von Staat und Gesellschaft nach religiösen Werten und religions-rechtlichen Normen zugeschrieben wird. Es werden Aussagen über die Rolle der Diyanet in der Entwicklung und Formung des türkischen Mainstream-Islam, eines gemäßigten Religionsverständnisses der breiten Masse getroffen.

6 Taha Akyol, "Sittlicher Niedergang" (türk), Website der Zeitung *Hürriyet*, <http://www.hurriyet.com.tr/yazarlar/taha-akyol/ahlaki-yozlasma-40348720>, 28.1.2017.

7 Nuray Mert, "Die größte Gefahr" (türk). Website der Zeitung *Cumhuriyet*, 27.2.2017 http://www.cumhuriyet.com.tr/koseyazisi/707555/En_buyuk_tehlike.html

8 Burdak Bekdil, "Turkey: A Sunni Iran in the Making?" *The Begin-Sadat Center for Strategic Studies*, 22.3.2017.

9 Konzeptpapier S. 61/12

10 Auf S. 55/6 fragt das Konzeptpapier nach möglichen Einflüssen der politischen Entwicklung in der Türkei in Richtung auf einen "politischen Islam".

11 Erstgutachten S. 89.

Hier erscheint die Diyanet als Instrument einer staatlichen Religionspolitik die bislang primär auf die Modernisierung, Säkularisierung und Rationalisierung des Islamverständnisses aber auch auf seine Türkisierung und auf die religiöse Homogenisierung der Gesellschaft im Rahmen des türkischen Nationenbaus ausgerichtet gewesen ist. Im Zentrum der Funktion der Diyanet stand damit bisher die Herausbildung einer Auffassung von der islamischen Religion, die nicht nur ihr früheres Monopol auf die Deutung der Welt verloren hat, sondern die sich auch damit abfindet, nicht länger mehr die ausschließliche Legitimation des Staates und der politischen Herrschaft und die primäre Quelle der Gesetzgebung zu sein.

Im zweiten Kapitel wird versucht, die Diyanet **als Zwitterwesen aus Regierungsbürokratie und einer Art 'Kirche'**¹² **zu beschreiben**. Die jüngere Diskussion um eine zumindest relative Selbständigkeit der Diyanet von der Regierung wird aufgegriffen und es werden Aussagen über die wahrscheinliche zukünftige Entwicklung getroffen. Der Fokus liegt auf der Spannung zwischen gesetzlich festgeschriebener autoritativer staatlicher Religionsverwaltung und offensichtlich gegebener gesellschaftlicher Annahme und Anerkennung einer staatlichen Behörde als Zentrum religiösen Lebens durch die Bevölkerung/die Gläubigen.

Das **dritte Kapitel widmet sich der heutigen Lehre und der Praxis der Diyanet zu einzelnen Gegenstandsbereichen**, die Rückschlüsse auf ihre Haltung zu den oben genannten Prinzipien und Werten erlaubt. Hier wird danach gefragt, ob - und wenn ja wie sehr und in welche Richtung - sich Lehre und Praxis seit dem Erstgutachten verändert haben und ob die Diyanet etwa zum Mittel der Propagierung eines politischen Islam geworden ist.

Dieses Teilgutachten baut auf dem Erstgutachten auf. Es verzichtet deshalb darauf, die Struktur und die Arbeitsbereiche der Religionsbehörde im Einzelnen nochmals darzustellen. Diese Informationen sind mittlerweile auf der Website der Diyanet, auch auf Deutsch, direkt zugänglich.¹³

Anmerkungen des Autors sind in [eckige Klammern] gesetzt.

12 Erstgutachten S. 43.

13 Website der *Diyanet*, <https://diyanet.gov.tr/de/hauptseite#>.

1. Die Diyanet im Spannungsfeld von Islam, Säkularismus und Islamismus

Säkularismus läßt sich als "Überbegriff für politische Programme" verstehen, "welche die Rolle von Religion in Staat und Gesellschaft klar definiert und beschränkt sehen möchten und dies als eine Voraussetzung für die Modernisierung eines Landes ansehen".¹⁴

In der vormodernen Gesellschaft des Osmanischen Reiches hat die Religion das politische und gesellschaftliche Leben zwar nicht einseitig und doktrinär bestimmt.¹⁵ Sie war jedoch das dominante Idiom, der begriffliche Zusammenhang, in dem die gesellschaftliche Struktur verstanden und die politische Auseinandersetzung geführt worden ist.

Das scheint deutlich in der Vorstellung von Religion auf, die noch 1924 ein Abgeordneter im türkischen Parlament anführte: "Der Begriff Religion [gemeint ist der Islam] assoziiert Befehl (imaret) und Regierung (hükümet), er umfaßt die Wirtschaft (iktisadîyat), das Soziale (ictimâîyat), die öffentliche Ordnung (inzibat) sowie das Unterrichtswesen (tedrisat)."¹⁶

Islamismus dagegen kann als eine Bewegung beschrieben werden, die den Islam als ein Ganzes, nämlich in den Bereichen des Glaubens, der Anbetung, der Sitte, der Philosophie, der Politik sowie der Erziehung und Bildung gegen die Verweltlichung in Vorstellung und Politik aufs Neue lebensbestimmend machen will.¹⁷

Der Islamismus ist Reaktion auf die von der (oft kolonialen) staatlichen Herrschaft durchgesetzte Zurückdrängung der Religion, und er wendet sich gegen den westlichen Einfluß, den er für die Marginalisierung der Religion verantwortlich macht.¹⁸

Tatsächlich waren in der Türkei bereits die ersten Schritte zur Beschränkung der Religion Antwort auf die Herausforderungen, die ein erstarktes Europa für das Osmanische Reich darstellte. Die Übermacht Europas konfrontiert die Staatsführung des Reiches mit der Notwendigkeit, die Bürokratie, das Rechts- und Bildungssystem sowie die Wirtschaft zu modernisieren und zu diesem Zweck den gestaltenden Einfluß der Religion in den genannten Bereichen zu beseitigen.

14 Dreßler S. 24.

15 İştâr **Gözyaydın**, *Diyanet: Türkiye Cumhuriyeti'nde Dinin Tanzimi* (Diyanet: Die Regulierung der Religion in der Republik Türkei) 2. Auflage, Istanbul **2016**, S. 13ff.

16 Der Abgeordnete Samih Rifât, zitiert nach İsmail **Kara**, "Eine Behörde im Spannungsfeld von Religion und Staat", in: Günter Seufert & Jaques Waardenburg (Hg.), *Türkischer Islam und Europa*, Istanbul/Stuttgart **1999**, S. 222.

17 In Anlehnung an İsmail Kara, *Türkiye'de İslamcılık Düşüncesi* (Die Entwicklung islamistischen Denkens in der Türkei), Band 1, Istanbul 1987, S. XV.

18 So ist in der Türkei die Ansicht verbreitet, die Siegermächte des Ersten Weltkrieges hätte der jungen Republik den harten Säkularismus der 30er und 40er Jahre als Voraussetzung für ihre Anerkennung des neuen Staates aufgezwungen. Vgl. dazu Kara 1999, S. 209-240, hier S. 213.

1.1. Die Diyanet als Produkt der türkischen Säkularisierung: Die schrittweise Ausgrenzung religiöser Diskurse und Normen aus Verwaltung und Politik

Die Modernisierung des Reiches beginnt mit dem Großherrlichen Handschreiben (hadd-i şerif) des Sultans von 1839 das erstmals die prinzipielle rechtliche Gleichheit aller Untertanen des Reiches verkündet. Die Maßnahme geht zu Lasten der Muslime, die sich bis dahin als die herrschende Nation (millet-i hakime) und die alleinigen Besitzer des Staates politisch und kulturell privilegiert fühlen können. Schon 1843 wird - undenkbar für viele mehrheitlich muslimische Länder noch heute - die Todesstrafe für den Abfall vom Islam aufgehoben, und es werden Handelsgerichte gegründet, vor denen - im Widerspruch zum religiösen Recht - das Zeugnis von Muslimen und Nichtmuslimen gleichwertig ist. 1856 öffnet ein zweiter Erlass, das so genannte Kaiserliche Handschreiben (hadd-i humayun), die Militärschulen für Christen und Juden, hebt Extra-Steuern für Nichtmuslime auf und erlaubt die Zeugenschaft von Nichtmuslimen vor den Strafgerichten.

Am 12. März 1917 wird dem Amt des Scheich ul-Islam, der höchsten religiösen Autorität des Reiches, die Aufsicht über die Religionsgerichte (Scheriatgerichte) einschließlich des Militärrichters entzogen, diese dem Justizministerium zugeschlagen und auf diese Weise die säkular-religiöse Doppelstruktur in der Justiz beendet.¹⁹ Der Scheich ul-Islam verliert außerdem die Kontrolle über die religiösen Seminare (medrese) und die wohltätigen Stiftungen. Bereits sechs Jahre vor Gründung der Republik wird somit die islamische Religion (din) ihres früheren Monopols über die Justiz²⁰, das Bildungswesen und die Stiftungsverwaltung beraubt und auf den Glauben und den Kult, die religiösen Angelegenheit im engeren Sinne (diyanet) begrenzt.²¹ Bereits damals auch wurde der Scheich ul-Islam auf den Rang eines Staatsministers reduziert und verlor seinen Posten im Kabinett.²²

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, genauer am 4. Mai 1920, errichtet die von Mustafa Kemal (Atatürk) geführte Nationalversammlung in Ankara ein Scheriat- und Stiftungsministerium (Şeriye ve Evkaf Vekâleti) und integriert dessen Minister erneut ins Kabinett. Bedenkt man den nur wenige Jahre später von Atatürk verfolgten radikalen Säkularismus, scheint dafür primär das Bestreben verantwortlich gewesen zu sein, dem nationalen Unabhängigkeitskrieg gegen die europäische Besetzung Anatoliens religiöse Weihen zu verschaffen. War doch die Furcht vor einer Schwächung der religiösen Motivation von Nation und Armee bereits 1917 das zentrale Argument derer gewesen, die sich damals gegen den Ausschluß des Scheich ul-Islam aus der Ministerriege gewandt hatten.²³

Am 3. März 1924 wird dann - nach der Abschaffung des Sultanats 1922 und der Proklamation der Republik 1923 - der dritte große Schritt in Richtung Säkularisierung der Türkei vollzogen. An jenem Tag wird 1. das Kalifat aufgehoben, 2. über die Schließung der Medressen das Bildungswesen einheitlich säkular gestaltet und 3. das erst 1920 errichtete Scheriat- und Stiftungsministeri-

19 Esra **Yakut**, *Şeyhülislamlık: Yenileşme döneminde devlet ve din* (Das Amt des Scheich ul-Islam, Staat und Religion in der Periode der Erneuerung), Istanbul 2005, S. 128.

20 Soweit sie das Verhältnisse der Untertanen des Reiches untereinander und nicht ihr Verhältnis zum Staate betraf.

21 Die Diskussion dazu bei Yakut S. 97 f.

22 Nurullah Ardiç, *Islam and the Politics of Secularism*, London/New York 2012, S. 170 ff.

23 Yakut, S. 98.

um aufgelöst. An seiner Stelle werden das Präsidium für religiöse Angelegenheiten²⁴ und das Generaldirektorium für das Stiftungswesen (Vakıflar Genel Müdürlüğü) gegründet.

Diese Reformen lösen gravierende politische und praktische Veränderungen aus:

1. Durch die Gründung eines Präsidiums anstelle eines Ministeriums verliert die Religionsverwaltung erneut ihren Sitz im Kabinett, wo fürderhin keine religiöse Autorität mehr im Namen des Islam politisch Stellung beziehen kann.
2. Durch die Trennung der Stiftungen, ihrer Vermögen und Einkünfte, von der Religionsverwaltung verliert letztere ihre originären finanziellen Ressourcen. Sie wird abhängig vom Staatshaushalt und ihre Verbindungen in die religiöse Zivilgesellschaft werden gekappt.
3. Durch die Unterstellung aller Schulen und Universitäten unter das Ministerium für Nationalerziehung (Millî Eğitim Bakanlığı) verliert die Religionsverwaltung nicht nur die Regie über die religiöse Bildung der 'Laien', sondern auch über die Ausbildung der Theologen (Ulema) und der niedrigen Religionsdiener wie Imame, Muezzine und Koran-Kurs-Lehrer.
4. Die Bezeichnung Präsidium für religiöse Angelegenheiten (diyanet) und nicht Präsidium für Religion (din) unterstreicht - wie bereits 1917 (s.o.) - daß die Kompetenzen der Behörde auf Fragen des Kultes und des Glaubens reduziert sind und sie keinerlei Einfluß auf Fragen des privaten oder gar des öffentlichen Rechts nehmen kann.²⁵ Die Maßnahme richtete sich gegen all jene, die der Religion in Politik und Gesellschaft gestaltenden Einfluß gewähren bzw. unter Referenz auf die Religion politischen Einfluß ausüben wollten.
5. Mit der Abschaffung des Kalifats erklären sich das Parlament und die von ihm gewählte Regierung selbst zur letztendlichen Autorität in religiösen Fragen und setzen damit die Tradition der Personalunion von politischer (Sultanat) und geistlicher Herrschaft (Kalifat) des Osmanischen Reiches fort.

Das am 20. April 1924 verabschiedete (erste) Grundgesetz (Teşkilât-ı Esasîye Kanunu) der Republik bestimmt den Islam als Staatsreligion. Im Gründungsgesetz der Diyanet heißt es in § 1: "In der Republik Türkei obliegt der Erlaß und die Durchführung der bindenden Vorschriften des religiösen Rechts der Großen Türkischen Nationalversammlung und der von ihr gebildeten Regierung. Für die Regelungen und Angelegenheiten der geoffenbarten Religion, die darüber hinaus in den Bereichen Glaubenswahrheiten und Kult bestehen, wurde ein Präsidium für religiöse Angelegenheiten gegründet, das auch die Verwaltung der religiösen Anlagen übernimmt und seinerseits der [Regierung der] Republik verantwortlich ist."²⁶

24 Die ursprüngliche osmanisch-türkische Bezeichnung: Umur-u Diyanîye Riyaseti.

25 "Die islamische Rechtswissenschaft (fıkıh) unterscheidet klar zwischen din und diyanet. Der Begriff din schließt alles ein, die Rechtsprechung des Kadis (kazaî), das Fetwa-Wesen (iftaî), den Erlaß von Verboten (muamelât-ı nas), Gesetze (ahkâm), die Kultvorschriften (ibadat) und die Glaubenswahrheiten (itikadât). All die Bereiche des Religionsgesetzes, des Fetwa-Wesens, des Kultes und der Glaubenswahrheiten, die außerhalb der religionsrichterlichen Kompetenzen liegen, bilden nach der islamischen Rechtswissenschaft einen eigenen Interpretationszusammenhang und werden unter dem Begriff diyanet zusammengefaßt. Alle Werke der islamischen Rechtswissenschaft trennen nach kazaen und diyaneten." Der Abgeordnete Samih Rifat in Verteidigung der Reform, zitiert nach Kara 1999, S. 222.

26 Zitiert nach der Website des Parlaments, https://www.tbmm.gov.tr/tutanaklar/KANUNLAR_KARARLAR/kanuntbmmc002/kanuntbmmc002/kanuntbmmc00200429.pdf.

Unter den historischen Bedingungen der Türkei konnte die Ausgrenzung des Islam aus der Staatsverwaltung, sprich: die Ermöglichung säkularer Ordnungsvorstellungen aber auch die Marginalisierung religiöser Kräfte in der Politik nur über die Verstaatlichung der Religion erreicht werden. Ohne die autoritären Maßnahmen des Staates gegen den Wunsch der Mehrzahl der Muslime hätte es im späten Osmanischen Reich keine rechtliche Gleichstellung der Nichtmuslime mit den Muslimen und ohne die autoritäre Maßnahmen des Staates in der frühen Republik keine säkulare staatliche und gesellschaftliche Ordnung, keine Herausbildung einer sich stark ethnisch verstehenden türkischen Nation aber auch keine rechtliche Gleichstellung der Frau gegeben.²⁷

Von 1923 bis 1946 bestimmte die säkularistische Republikanische Volkspartei (CHP) allein die Politik. Sie herrschte im Rahmen eines Einparteiensystems, war nicht gezwungen, auf Tendenzen in der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen und konnte ihren unnachgiebigen Säkularismus weiter treiben. Meilensteine waren das Verbot der Koran-Kurse und die Streichung des Islam als Staatsreligion 1928, das Verbot des Gebetsrufs auf Arabisch 1932, das Verbot der Pilgerfahrt 1934, die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen 1934, die Erklärung des Sonntags anstelle des Freitags zum wöchentlichen Ruhetag 1935, die Aufnahme des Begriffs Laizismus in die Verfassung 1937, die Beendigung jeglichen Religionsunterrichts 1938 und die Einstellung der Theologenausbildung 1941.

Zur Verhinderung möglichen Widerstandes gegen die Reformen beschließt das Parlament am 13. März 1926 § 163 des Strafgesetzbuches, der nicht nur die Gründung politischer Organisationen verbietet, die religiöse Überzeugungen oder Gefühle ansprechen, sondern auch jede "Ausbeutung der Religion, des religiösen Lebens und von der Religion geheiligter Dinge zur Mobilisation des Volkes" unter Strafe stellt.²⁸ Die Regierung nutzt darüber hinaus die 1925 unter dem Namen Revolutionsgerichte (İnkılap Mahkemeleri) eingeführten Sondergerichte zur Aburteilung von auch religiös motivierten "Vaterlandsverrätern", verurteilt allein im ersten Jahr circa 800 Personen und fällt 70 Todesurteile²⁹ von denen allerdings nur wenige vollstreckt werden.

Um den Spielraum der Religion weiter zu begrenzen, wird der Diyanet 1931 selbst die Aufsicht über die Imame und Muezzine der Moscheen entzogen und dem Generaldirektorium für das Stiftungswesen übertragen. Die Religionsbehörde spielt in dieser Periode eine nur symbolische Rolle und zehrt stark von dem vergleichsweise hohen Ansehen ihrer Präsidenten Rıfat Börekçi (1924-1941) und Şerafettin Yalçınkaya (1942-1947). Sie muß die Umwandlung der Hagia Sophia in ein Museum verteidigen und die Türkisierung des Gebetsrufs durchsetzen.

Die Ausgrenzung der Muslime aus dem öffentlichen Leben führt indes nicht zum Verschwinden des Islam, sondern dazu, daß sich die Frommen unter der Oberfläche organisieren; das gilt besonders

27 Zur Begründung der Reformen führt Kemal (Atatürk) am selben Tag im Parlament unter andrem folgendes aus: "Der Islam ... wurde über Jahrhunderte in den Niederungen der Politik mißbraucht. Für uns steht außer Zweifel, daß es gilt, ihn über diese zu erheben. Unsere heiligen und göttlichen Glaubens- und Gewissensüberzeugungen sofort und endgültig von der Politik und allem, was damit zu tun hat, vor diesem Streit der niedrigen Begierden und Interessen zu retten, das ist eine für das diesseitige und jenseitige Wohlergehen unserer Nation unabdingbare Notwendigkeit. Nur so kann die wahre Bedeutung des Islam hervortreten". *TBMM Zabıt Ceridesi* (Parlamentsprotokoll), Devre 2: Band VII, S. 6, zit. nach Kara 1999, S. 218.

28 Zitiert nach Ali Fuad **Başgil**, *Din ve Laiklik* (Religion und Laizismus), zweite Auflage, Istanbul 1985, S. 196.

29 Gözaydın 2016, S. 23.

für den Orden der Nakşibendiye. In den frühen Jahren der Republik entstehen außerdem die in den folgenden Jahrzehnten einflußreichen muslimischen Strömungen, wie die Süleymancı und die verschiedenen Gruppen der Nurcu-Bewegung. Alle diese Gruppen werden sich mit der Arbeitsmigration auch in Deutschland ausbreiten.

1.2. Die Diyanet als Zankapfel von säkularen und religiösen Kräften

Der Übergang zum Mehrparteiensystem 1946 macht die konservative Mehrheit der Bevölkerung erstmals seit Gründung der Republik zu einer politischen Größe, auf deren Bedürfnisse und Forderungen die Regierung Rücksicht nehmen muß. Jetzt gilt es, dem weit verbreitetem Verlangen nach mehr Religion im Alltag ein Stück weit entgegenzukommen und gleichzeitig das staatliche Monopol über die Interpretation der Religion zu sichern. Aus diesem Grund, aber auch um der Wirksamkeit kommunistischer Propaganda über eine Stärkung der religiösen Identität entgegenzuwirken, - man befindet sich im Kalten Krieg - vollzieht die CHP eine radikal Wende, Sie erlaubt erneut Religionsunterricht und Pilgerfahrt und eröffnet Imam-Schulen.

1950 gewinnt die neu gegründete konservative Demokratische Partei (DP) die ersten freien Wahlen. Der harte Säkularismus findet ein Ende. Gleichzeitig jedoch wird der § 163 des Strafgesetzbuchs verschärft und stellt nun auch die "Ausbeutung der Religion zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil" unter Strafe.³⁰ Im religiös-konservativen Block der Bevölkerung setzt eine Welle politischer und kultureller Aktivität ein, die von Polizei und Justiz mit Argusaugen verfolgt wird.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die politische und religiöse Rolle der Diyanet erstmals an Gestalt. Von Mitte der 40er zur Mitte der 50er Jahre steigt der Anteil der Budgets der Behörde am Haushalt von circa 0,01 auf circa 0,05%.³¹ 1950 erhält die Behörde die Kontrolle über das Moscheepersonal zurück.³²

Am 27. Mai 1960 übernimmt das Militär zum ersten Mal die Macht. Anlaß ist das diktatorische Vorgehen der DP-Regierung gegen die jetzt oppositionelle CHP. Begründet wird der Putsch jedoch mit dem Anwachsen der "religiösen Reaktion" (*irtica*).

Unter der Ägide des Militärs wird eine neue Verfassung ausgearbeitet, die 1961 in Kraft tritt. Sie sichert den Staatsbürgern aktive Religionsfreiheit zu, verbietet die zwangsweise Offenlegung der religiösen Zugehörigkeit und macht die Willenserklärung der Eltern zur Voraussetzung für den Besuch des Religionsunterrichts. Andererseits untersagt sie explizit die Ausbeutung der Religion zum persönlichen Nutzen und/oder dafür, die Ordnung des Staates ganz oder teilweise auf religiöse Grundsätze zu stellen.

Der Bedeutung der Religion als gesellschaftspolitischer Streitpunkt entsprechend, findet die Diyanet erstmals Erwähnung in der Verfassung, wo sie als Teil der allgemeinen Verwaltung verankert

30 Başgil, S. 198-199.

31 Nil **Mutluer**, "Yapısal, sosyal ve ekonomik-politik yönleri ile Diyanet İşleri Başkanlığı" (Das Präsidium für religiöse Angelegenheiten in struktureller, sozialer und ökonomisch-politischer Hinsicht), in: Helsinki Yurttaşlık Derneği [Helsinki Citizen's Assembly], *Sosyo-ekonomik bağlamında Diyanet İşleri Başkanlığı* [Das Präsidium für religiöse Angelegenheiten im sozio-ökonomischen Kontext], Istanbul, Dezember 2014, S. 2-72, hier S. 19.

32 İrfan Yücel, "Diyanet İşleri Başkanlığı" *İSAM İslam Ansiklopedisi*, Band 9, 1994, S. 456.

wird.³³ Um die "in Sachen Religion hochemotionale Allgemeinheit zufrieden zu stellen", aber auch "um die Religion zu kontrollieren"³⁴, wird die Behörde kräftig ausgebaut und die Zahl ihrer Abteilungen mehr als verdoppelt.

Nach langen und kontroversen Beratungen wird 1965 das in der neuen Verfassung angekündigte "Gesetz über die Gründung und die Aufgaben des Präsidiums für religiöse Angelegenheiten" verabschiedet. Die Religionsbehörde ist fortan nicht nur für "die Erledigung religiöser Angelegenheiten des Glaubens und des Kultes", sondern auch für "die Moral und die Sittlichkeit" (ahlak) sowie für "die Aufklärung der Gesellschaft" in Sachen Religion und damit für die 'richtige' Interpretation des Islam zuständig.³⁵ In den Beratungen des Parlaments kommt als zusätzliche Aufgabe bereits damals "das Treffen von Maßnahmen" zur Sprache, die "die Identifikation der muslimischen Staatsbürger mit nationalen Idealen" sichern und außerdem verhindern sollten, daß "Unterschiede im Glauben" politisch ausgeschlachtet werden.³⁶ Am 31.7.1970 werden die Bediensteten der Behörde zu staatlichen Beamten.³⁷

Trotz dieser Aufwertung kann die Behörde die Hinwendung der Bevölkerung zu konservativen Parteien, die sich immer wieder auch auf islamische Werte beziehen, nicht verhindern. Bereits im Herbst 1965 geht die neu gegründete Gerechtigkeitspartei (AP) als absoluter Sieger aus den Wahlen hervor. An den militanten Rändern des religiösen Spektrums macht die palästinensisch dominierte Hizb ut-Tahrir von sich reden. Im Januar 1970 formiert sich mit der Nationalen Ordnungspartei (MNP) die erste Partei der Millî Görüş-Bewegung, die türkisch-nationale und islamische Identität verschmilzt und erstmals Zeugnis vom partei-politischen Engagement traditioneller mystischer Orden und anderer religiöser Gruppierungen gibt.

Die hitzigen Diskussionen um den Status der Diyanet in der Verfassung und um die Formulierung ihrer Aufgaben im Gesetz vom Juni 1965 aber auch die teilweise gegensätzlichen Erwartungen, die die CHP- und die DP-geführten Regierungen an die Religionsbehörde stellen, führen dazu, daß in diesen Jahren die Präsidenten der Behörde in schneller Folge ernannt und abgelöst werden. So werden vom Juni 1960 bis zum Januar 1968 sechs Präsidenten berufen.³⁸ Dessen ungeachtet, steigt der Anteil des Budgets der Behörde am Staatshaushalt von Mitte der 50er zur Mitte der 70er Jahre von 0,05 auf 0,17 Prozent.³⁹

33 Art. 154. Der vorhergehende Artikel 153 dient der Festschreibung der zentralen säkularisierenden Reformen der frühen Republik, die als "Revolutionsgesetze" (Devrim Kanunları) für unabänderbar erklärt werden. Sie dürfen unter keinen Umständen als der Verfassung widersprechend interpretiert werden. Verfassung von 1961, Website des Parlaments <https://www.tbmm.gov.tr/anayasa/anayasa61.htm>.

34 Gözaydın 2016, S. 71.

35 Gesetz Nr. 633 vom 22.6.1965 Website des Ministerpräsidentenamtes, <http://www.mevzuat.gov.tr/MevzuatMetin/1.5.633.pdf>.

36 Parlamentsprotokoll vom 26.5.1965, Website des Parlaments, https://www.tbmm.gov.tr/tutanaklar/TUTANAK/MM_/d01/c041/b116/mm__010411160078.pdf. Dieser Aspekt ihrer Aufgaben soll nach dem Militärputsch von 1980 stärker hervortreten.

37 Gözaydın 2016, S. 177 f.

38 Aysun Yaşar, *Die DITIB zwischen der Türkei und Deutschland*, Würzburg 2012, S. 36.

39 Mutluer S.19.

Am 12. März 1971 greift das Militär zum zweiten Mal in den politischen Prozeß ein. Der Staatsstreich richtet sich jedoch nicht gegen religiöse, sondern gegen linke Kräfte, die an den Universitäten und in den Gewerkschaften dominieren.

Die siebziger Jahre werden von sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen der sozialdemokratischen/kommunistischen Linken auf der einen und extrem-nationalistischen Bewegungen auf der anderen Seite bestimmt. Innerhalb des rechts-konservativen Spektrums findet in diesen Jahren eine stärkere Ausdifferenzierung zwischen 1. der rechten Mitte, 2. der ethnisch-türkisch nationalistischen Rechten und 3. der religiösen Rechten statt.⁴⁰

Die islamistische Rechte formiert sich als Nationale Heilspartei (MSP), die zweite Partei der Millî Görüş-Tradition. Bei der Parlamentswahl 1973 erhält sie fast 12 Prozent der Stimmen und ist zwischen 1974 und 1978 an drei Koalitionsregierungen beteiligt. Den größten Einfluß kann die Partei in der Schulpolitik ausüben. In der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung steigt die Zahl der Vorbereitungs- und Predigerschulen (İmam Hatip Okulları) von 72 auf 302 und die Zahl ihrer Schüler von knapp unter 50 000 auf circa 200 300.⁴¹ Die Aufspaltung der bislang politisch dominanten Rechten Mitte sorgt für große politische Instabilität, was dadurch zum Ausdruck kommt, daß sich zwischen dem März 1971 und dem September 1980 elf Kabinette ablösen.

Als das Militär am 12. September 1980 zum dritten Mal innerhalb von zwanzig Jahren die Macht übernimmt, begründet es diesen Schritt mit einer wenige Tage vorher stattgefundenen Großdemonstration im zentralanatolischen Konya, auf der unter anderem die Wiedereinführung des religiösen Rechts gefordert wurde. Veranstalter war die MSP. Doch der Putsch war von langer Hand vorbereitet, und er war die Antwort des Militärs auf eine Gesellschaft, in der ideologische Strömungen wie Sozialismus/Kommunismus, Türkismus, kurdischer Nationalismus und Islamismus in bislang unbekanntem Ausmaße Zulauf fanden und der kemalistische Konsens verloren zu gehen drohte.

Um diese Politisierung breiter Kreise einzudämmen, entscheiden sich die Generäle, die allgemein als Hüter des Laizismus gelten, dafür, die Frömmigkeit im Volke zu stärken.

Die unter Oberaufsicht des Militärs geschriebene Verfassung von 1982 macht in Artikel 24,4 den Religionsunterricht an staatlichen Schulen verpflichtend und etabliert in Art. 134 eine zentrale Kulturbehörde, deren Politik auf die religiöse Einkleidung der Person und der Politik des Republikgründers Mustafa Kemal Atatürk hinauslaufen wird. Artikel 136 der Verfassung weist die Religionsbehörde an, "ihre in einem eigenen Gesetz formulierten Aufgaben im Sinne des Laizismus-Prinzips, über allen politischen Meinungen und Anschauungen stehend und auf nationale Solidarität und Einheit hinwirkend zu erfüllen."⁴²

So wichtig ist die Behörde in den Augen der Generäle, daß das ebenfalls unter ihrer Ägide verabschiedete Parteiengesetz vom 22.4.1983 in seinem § 89 den politischen Parteien verbietet, die Ände-

40 Vgl. Günter **Seufert**, *Neue pro-islamische Parteien in der Türkei*, Berlin **2002**, S. 13-17.

41 Website der Zeitung *Yeni Şafak* 8.5.2015 und Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı (TESEV), *İmam Hatip Liseleri: Efsaneler ve Gerçekler* (Predigergymnasien: Gerüchte und Fakten), Istanbul 2012.

42 Verfassung von 1982, Website des Parlaments, <https://www.tbmm.gov.tr/anayasa/anayasa82.htm>.

rung des Status‘ und/oder des Auftrags der Behörde anzustreben.⁴³ 1993 soll die Partei der demokratischen Friedensbewegung (DBHP) vom Verfassungsgericht verboten werden, weil sie in ihrem Programm die Ausgliederung der Diyanet aus der allgemeinen Verwaltung gefordert hat.⁴⁴

Dieser offiziellen Aufwertung der Behörde durch die Militärregierung steht jedoch keine Erhöhung ihres Budgets gegenüber. Ganz im Gegenteil; während der Zeit der Militärregierung fällt der Anteil der Behörde am Haushalt von circa 1 Prozent auf 0,6 Prozent.⁴⁵ Ein ähnliches Bild zeigt der Umgang des Militärs mit der Theologenausbildung und den Vorbeter- und Predigerschulen. Zwar werden die nicht-universitären Hohen Islam-Institute zu Theologischen Fakultäten umgewandelt und aufgewertet, doch die Zahl der Studenten wird dadurch nicht wesentlich erhöht.⁴⁶ Die Militärregierung drapiert sich zwar als Förderer religiöser Institutionen und der Religion, hütet sich aber, den religiösen Kräften in der Gesellschaft zu viel Raum zu gewähren. Zur ersten Parlamentswahl nach dem Putsch in November 1983, wird die dritte Partei der Milli Görüş-Bewegung und Nachfolgerin der mittlerweile verbotenen MSP, die Wohlfahrtspartei (RP), nicht zugelassen. Auch das Erstgutachten merkt an, daß die Militärregierung die Diyanet primär als Mittel der Kontrolle und der säkularen Einflußnahme nutzt.⁴⁷

Das ändert sich 1983 mit der Rückkehr zur Zivilregierung. Von 1983 bis 2002 bestimmten Mitte-Rechts-Parteien als Alleinregierung oder als große Partner von Regierungskoalitionen die Politik weitgehend. Sie fördern die Religionsbehörde großzügig, die von ihnen jetzt, da die Konservativen an der Regierung sind, weniger als Kontrollbehörde des laizistischen Staates, denn als religiöse Institution wahrgenommen wird. Turgut Özal und Süleyman Demirel, die prominentesten Mitte-Rechts-Politiker der 80er und 90er Jahre, stehen islamischen Gruppierungen wie der Naşibendide und der Nurculuk nahe. In ihren Augen ist der Islam die maßgebliche Bindekraft der türkischen Nation, und anders als die Generäle belassen sie es nicht bei Symbolpolitik, sondern unterstützen nach Kräften den religiösen Auftrag der Behörde.⁴⁸

Von 1983 auf 1996 steigt der Anteil des Budgets der Diyanet am Haushalt von 0,6 auf 1,42 Prozent.⁴⁹ Da die Behörde über 95 Prozent ihres Budgets für Personalkosten verwendet⁵⁰, spiegelt sich in diesen Zahlen auch das Wachstum der Behörde wieder. Sie rekrutiert ihren Beamten aus dem

43 Parteiengesetz von 1983, Website des Justizministeriums, <http://www.uhdigm.adalet.gov.tr/uhamer/Ter%C3%B6rle%20M%C3%BCcadeleye%20C4%B0li%C5%9Fkin%20Ulusal%20Mevzuat/2820%20say%C4%B1%C4%B1%20Siyasi%20Partiler%20Kanunu.pdf>.

44 Yusuf Şevki Hakyemez, "Anayasa Mahkemesi'nin Demokratik Barış Hareketi Partisi Kararı üzerine Düşünceler" (Diskussion des Urteils des Verfassungsgerichts zum Verbot der DBHP), *Amme İdaresi Dergisi* (Allgemeine Verwaltungszeitschrift) 34/4, Dezember 2001, http://www.todaie.edu.tr/resimler/ekler/7d2b2ceed58f930_ek.pdf?dergi=Amme%20Idaresi%20Dergisi.

45 Mutluer, S. 19.

46 Günter Seufert, "The Faculties of Divinity in the current Tug-of-War", *Formes nouvelles de l'Islam en Turquie*, Paris 1999, S. 353-370, hier S. 370.

47 Erstgutachten, S. 41-42.

48 Günter Seufert, *Politischer Islam in der Türkei*, Istanbul und Stuttgart 1997, S. 191-202.

49 Mutluer, S. 19.

50 Yaşar, S. 33.

konservativen Spektrum und findet zunehmend mehr Anerkennung bei der Bevölkerung. Im Januar 1990 bestätigt der damalige Staatspräsident Özal den sunnitischen und damit religiösen Charakter der Diyanet und ihre Autorität für die Bestimmung des Islam in der Türkei.⁵¹

Politisch sind die zweite Hälfte der 80er und die 90er Jahre vom weiteren Zerfall der Rechten Mitte und vom stetigen Aufstieg der pro-islamischen Partei gekennzeichnet. Konnten die beiden großen Mitte-Rechts-Parteien bei den Parlamentswahlen 1983 zusammen noch 68,5 Prozent der Stimmen gewinnen, liegt diese Zahl 1991 bei 51 und 1999 bei nur noch 25,7 Prozent. Die islamistische Wohlfahrtspartei (RP) dagegen wächst von 7,2% Prozent bei den Parlamentswahlen 1987 auf 21,5 Prozent im Dezember 1995. Damit wird die RP, die den heutigen Staatspräsidenten zum Bürgermeister von Istanbul macht, zur stärksten Partei und führt 1996 eine aus zwei Parteien bestehende Regierungskoalition an.

Angesichts dieser Entwicklung zieht das Militär im Februar 1997 die Notbremse. Es zwingt die Regierung zum Rücktritt und leitet kultur- und religionspolitisch eine Rückkehr zum harten Säkularismus ein. Im darauf folgenden Jahr wird die RP vom Verfassungsgericht verboten. Dasselbe Schicksal ereilt 2001 ihre Nachfolgerin, die Tugendpartei (FP). Das Militär scheint entschlossen und in der Lage, offen islamistische Parteien von der Macht fernzuhalten.

1.3. Muslimische Politik jenseits von Traditionalismus und Islamismus

Die Verdrängung der Wohlfahrtspartei von der Regierung 1997, ihr Verbot 1998 und mehr noch das Verbot ihrer gemäßigt auftretenden Nachfolgerin, der Tugendpartei, 2001 führten zur Spaltung der Milli Görüş-Bewegung. Die große Mehrheit ihrer Aktivisten organisiert sich im August 2001 in der neu gegründeten Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) unter Führung von Recep Tayyip Erdoğan. Im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen präsentiert sich die AKP als konservativ-demokratische (muhafazakar demokrat) Partei. Ihre führenden Kader schwören öffentlich der Gleichsetzung von Parteipolitik und Religion und der Idee eines Islamischen Staates ab.⁵² In ihren ersten beiden Regierungsperioden (2002-2011) setzt die AKP - oft gegen den Widerstand des Militärs und der kemalistischen Bürokratie - eine Reihe demokratischer Reformen durch und orientierte sich außenpolitisch (bis circa 2008) auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Zwar war der Sinneswandel auch der Tatsache geschuldet, daß islamistische Parteien machtpolitisch an ihre Grenzen gestoßen waren. Doch ermöglicht haben den Umschwung andere Faktoren. Urbanisierung und gesellschaftliche Modernisierung hatten eine konservative Mittelschicht entstehen lassen, die mit islamistischen Losungen nicht länger ansprechbar schien. Die gedankliche Vorarbeit für die ideologische Neuorientierung war in den 90er Jahren von Intellektuellen geleistet worden, die sich anfänglich dem Islamismus verschrieben hatten. Sie wandten sich aus zwei Gründen von ihrer ehemaligen Ideologie ab. Zum einen, so hieß es, presse der Islamismus - ganz ähnlich wie der Kemalismus - die gesamte Bevölkerung in ein ideologisches Konzept und bringe nicht mehr Freiheit, sondern mehr Unterdrückung mit sich. Zum anderen mache der Einsatz der Religion im politischen Machtkampf sie zur Ideologie und raube ihr so ihre moralischen, ethischen und kosmologischen Dimensionen.⁵³ Die Religion dürfe jedoch weder politische Ideologie im Kampf gegen den kemalis-

51 Gözaydın 2016, S. 298.

52 Seufert 2002, S. 8.

53 Vgl. Seufert 1997, S. 445-464.

tischen Staat sein, noch solle der Staat seine Herrschaft religiös legitimieren und zu diesem Zweck ein Monopol über die Interpretation der Religion errichten.⁵⁴ Gefordert wurde ein 'ziviler Islam', der sich aus der Gesellschaft heraus artikulieren sollte.

Mit der Berufung des liberalen Religionsphilosophen Prof. Dr. Mehmet S. Aydın zum Staatsminister, der für die Diyanet zuständig ist, nahm die erste AKP-Regierung diese Diskussion auf. Die Arbeit Aydın mit der Behörde wurde dadurch erleichtert, daß die Diyanet zunehmend akademisch ausgebildete Theologen aus den mittlerweile 22 theologischen Fakultäten der staatlichen Universitäten rekrutierte und so das intellektuelle Niveau in der Behörde an hob.⁵⁵

Aydın regte die Unterstellung der Behörde unter den Staatspräsidenten und mittelfristig ihre Entlassung in die Autonomie an. Dies sei unverzichtbar, wenn man, so Aydın, auf eine Weiterentwicklung des Islamverständnisses in der Türkei hinarbeiten wolle, wo die Omnipräsenz des Streits von Säkularisten und Konservativen über die Religion die Entwicklung der Religion als sinnhaften Rahmen für moralische und ethische Diskussionen bislang verhindert habe. Aydın verwies auf Europa, wo es eine von der Religion nicht unbeeinflusste Ethik und Moralität sei, die das Engagement der Bürger in Fragen fördere und legitimiere, die ohne breite gesellschaftliche Diskussion keiner Lösung näher gebracht werden könnten. Er nannte soziale Gerechtigkeit, den Kampf gegen die Korruption und die friedliche Verhandlung moralischer und ethischer Grenzfragen.⁵⁶ Nach Aydın sei der Islam offen für die Integration individueller Rechte und Freiheiten, und die islamischen Gesellschaften verfügten über große historische Erfahrungen mit kultureller Vielfalt, religiöser Toleranz und Rationalität.

In Ali Bardakoğlu, der im Mai 2003 zum Präsidenten der Behörde ernannt wurde, fand Aydın einen kongenialen Mitstreiter. Bardakoğlu betrachtet religiösen Dogmatismus als ein Ergebnis mangelnden Wissens um die Religion und als Folge einer Wahrnehmung von Religion, die nicht zwischen dem Islam an sich, wie er in den Texten niedergelegt ist, und seinen historischen Ausformungen unterscheidet und deshalb eine bestimmte geschichtliche Erscheinungsform des Islam absolut setzt.⁵⁷ Religiöse Bildung sei die Voraussetzung für ein differenziertes Verständnis von Religion und dafür, daß die Frommen Individualität entwickeln und sowohl den Scheichs mystischer Bruderschaften als auch den Führern islamistischer Parteien kritisch gegenüber treten könnten.⁵⁸ Umge-

54 So 1994 der heutige Europaminister Ömer Çelik, "Beraber yaşama sorunu, insanın anlam arayışı ve siyasal otorite" [Die Frage des Zusammenlebens, die Suche der Menschen nach Sinn und die politische Autorität], *Bilgi ve Hikmet*, Nr. 5, S. 16-32.

55 Thijl **Sunier et al**, *The Turkish Directorate for religious Affairs in a changing Environment*, Amsterdam/Utrecht 2011, S. 50 ff.

56 Vgl. Mehmet S. Aydın, "Avrupa Birliği, Din ve Diyanet" [Die Europäische Union, die Religion und die Religionsbehörde], *İslamiyât* 3/200. Vgl. zur Gesamtdiskussion, Günter Seufert, Religion: "Nation-Building Instrument of the State or Factor of Civil Society", in: Hans-Lukas Kieser (ed.), *Turkey beyond Nationalism*, London/New York 2006, S. 136-154.

57 "Yet tradition is nothing more than an accumulation that has come about as a result of the interpretations of our ancestors to the unchangeable sacred truth established by religion at the beginning. ... Yet it is possible that those who shaped the tradition in the past could have been mistaken just like us, or they could have made those interpretations according to their own times and needs." Ali **Bardakoğlu**, *Religion and Society*, Ankara 2009, S. 67.

58 Ali Bardakoğlu, "Türkiye'de birey, toplum ve otorite" (Individuum, Gesellschaft und Autorität in der Türkei), Manuskript des Vortrags vom 12.6.2004 in Istanbul-Tarabya.

kehrt seien demokratische Verhältnisse eine notwendige Voraussetzung dafür, daß ein offener Diskurs über Religion stattfinden könne.⁵⁹

Immer im Einklang mit der im türkischen Kontext damals liberalen Politik der AKP-Regierung schlug sich die neue Linie in einer Reihe konkreter Initiativen der Religionsbehörde nieder.

Im Mai 2002 kommt die von der Diyanet organisierte Erste Ratsversammlung zu aktuellen Themen der Religion (Güncel Din Mes'eleler İstişare Toplantısı) zu wegweisenden Entscheidungen hinsichtlich der Stellung der Frau im Islam. Das Ergebnisprotokoll (Sonuç Bildirgesi) der Versammlung mit Datum vom 18. Mai 2002 relativiert die koranische Vorschriften zur eingeschränkten Zeugnisfähigkeit und zum eingeschränkten Erbrecht der Frauen. Ausgehend von der im Koran unmißverständlich formulierten ontologischen und religiösen Gleichwertigkeit von Frau und Mann gelangt die Theologenkonzferenz zu dem Schluß, daß Vorschriften, die dieser wesentlichen Gleichwertigkeit der Geschlechter entgegenstehen, nicht der zeitlosen Intention des Koran entsprechen können, sondern nur zeitgebunden gültig sein können.⁶⁰

Mit ihrem so genannten Hadith-Projekt hat die Diyanet seit Anfang der 2000er ihre Anstrengung fortgesetzt, zu einem moderaten Verständnis des Islam zu gelangen. 85 Theologen arbeiten bei der Erstellung einer neuen, türkischen Sammlung zentraler Lehrsprüche und vorbildhafter Handlungen (Hadith) des Propheten zusammen. Obwohl die Diyanet alles tut, um nicht beschuldigt werden zu können, sie betreibe eine "Reform" des Islam,⁶¹ kommt ein Theologe, der am Projekt mitarbeitet, nicht umhin, zuzugestehen, daß jede neue Kollektion auch eine Auswahl treffen muß. Die von der Diyanet für ihre Hadith-Sammlung vorzunehmende Auswahl wolle nicht die Religion erneuern. Es gehe vielmehr darum, den Gläubigen die Erkenntnis einer Religion zu vermitteln, die auch im 21. Jahrhundert Bestand habe. Wenn - wie das Traditionalisten oder Islamisten das täten - Sprüche und Handlungen des Propheten aus ihrem historischen Kontext gerissen und als zeitloses Modell dargestellt würden⁶², dann klammere man sich an Äußerlichkeiten und verliere die Intention des Propheten aus den Augen. Die Hadith-Sammlung der Diyanet trägt denn auch zur vorsichtigen Modernisierung des Religionsverständnisses bei und stärkt insbesondere die Stellung der Frau.⁶³ Entsprechend wird sie attackiert, etwa von türkischen Kreisen, die der Muslim-Bruderschaft nahe stehen.⁶⁴

59 "Today, Turkey emerges as a country that supports a moderate, tolerant and inclusive perception of Islam. ... Islam in Turkey is not radical, fundamentalist or exclusive. One of the reasons ... is the fact that democracy has existed in Turkey for more than eighty years." Bardakoğlu 2009, S. 33.

60 Diyanet Dergisi (Zeitschrift der Diyanet) 138, <http://www.diyanedergisi.com/diyamet-dergisi-42/konu-642.html>.

61 Als Beispiel für eine energische Zurückweisung des Reformverdachts siehe Bardakoğlu 2009, S. 155 f.

62 Sunier et al, S. 85 ff.

63 "Prof. Dr. Mehmet Görmez stellt erste Ergebnisse des "Hadith-Projekts" vor" (türk.). Website *Son Peygamber.info* vom 31.7.2011. <http://www.sonpeygamber.info/prof-dr-mehmet-gormez-konulu-hadis-projesi-nin-ilk-orneklerini-acikladi>.

64 "Der Skandal um die Auswahl der Hadithe durch die Diyanet" (türk.), Website *İhvanlar Net* (ohne Datum), <http://www.ihvanlar.net/2013/02/02/diyamet-hadis-ayiklama-skandali-400-binden-20-bin-hadis/>.

2004 beginnt die Diyanet sich auch im interreligiösen Dialog zu engagieren, ein Feld, das sie bis dahin weitgehend der Fethullah Gülen-nahen Stiftung für Journalisten und Schriftsteller (GYV) überlassen hatte.⁶⁵ Auch dieser Schritt erfolgt im Einklang mit der Politik der AKP, die damals das Stiftungsrecht liberalisierte, nichtmuslimischen Gemeinschaften zahlreiche früher beschlagnahmte Immobilien zurück erstattete und sich zusammen mit Spanien in einer Allianz der Zivilisationen engagierte. In dieser Zeit mäßigte die Diyanet auch ihre sonst harte Haltung christlichen Missionaren gegenüber. Bardakoğlu hat sich in jenen Jahren öfters eindeutig gegen ein Verbot christlicher Mission ausgesprochen, das Recht jedes Frommen, seinen Glauben zu verbreiten betont und die Aufgaben der Diyanet in der Abwehr von Missionsbestrebungen in der Festigung des Glaubens der Muslime gesehen.⁶⁶

2009 und 2010 unternimmt die AKP-Regierung als erste türkische Regierung überhaupt, einen Versuch, auch mit den Aleviten in einen Dialog zu treten, eine Gruppe die bis dahin beim interreligiösen Dialog stets außen vorgelassen worden war. Unter der Regie des damals für die Religionsbehörde zuständigen Staatsministers Faruk Çelik finden eine Reihe von Tagungen und Konferenzen statt, auf denen die in aller Regel sunnitischen Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung sich erstmals den Forderungen und der Kritik alevitischer Vereine, Verbände, Akademiker und Intellektueller stellen. Die Ergebnisse werden 2010 in einem vom zuständigen Staatsministerium herausgegebenen Abschlußbericht publiziert.⁶⁷ Konkrete Auswirkungen etwa auf den Status der alevitischen Gebetshäuser (Cem Evi) bringt die mit hohen Erwartungen begonnene Initiative jedoch nicht mit sich.⁶⁸ Und auch Bardakoğlu springt in dieser Frage nicht über seinen Schatten. Zwar unterstreicht er eindeutig das Recht der Aleviten auf freie Religionsausübung, doch sieht er seine Behörde nur für die Förderung des "richtigen" Islamverständnisses zuständig und scheut sich nicht, den Aleviten zu unterstellen, sie kennten ihren eigenen Glauben nicht.⁶⁹

65 Günter Seufert, "Religiöse Minderheiten in der Türkei", *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26/2008, S. 20-26. Zum interreligiösen Dialog vergleiche Ali **Bardakoğlu**, 21. Yüzyıl Türkiye'sinde Din ve Diyanet I (Religion und die Religionsbehörde in der Türkei des 21. Jahrhunderts, Band I), Ankara **2010**, S.347-388.

66 Bardakoğlu 2010, S. 229 f.

67 T.C. Devlet Bakanlığı, *Alevi Çalıştayları: Nihai Rapor*, Ankara 2010.

68 Özge Genç, "Nach der Alevitischen Öffnung ..." (türk.) Website der Zeitung *Karar* vom 4.5.2016, <http://www.karar.com/gorusler/podem-arastirma-direktoru-ozge-genc-yazdi-alevi-acilimi-ve-sonrasi-110762#>.

69 Bardakoğlu 2010 S. 154-175.

2. Das Janusgesicht der Diyanet als politisches Kontroll- und Lenkungsinstrument der türkischen Regierung und als 'Kirche'

Das Erstgutachten hat treffend einen Zwittercharakter der Diyanet herausgearbeitet. Danach ist die Institution zum einen eine staatliche "Behörde"⁷⁰, die sich Zuständigkeit für das Religionsverständnis aller muslimischen Staatsbürger anmaßt und dieses Religionsverständnis bisweilen auch autoritär und gegen den Willen eines signifikanten Teils dieser großen Bevölkerungsgruppe durchsetzt.

Zum anderen ist sie eine Art "Staatskirche"⁷¹, die den institutionellen Rahmen für das religiöse Leben des türkischen Mainstream-Islam bereitstellt und - insofern als sie in dieser Funktion von der Bevölkerung angenommen wird - volkswirtschaftlichen Charakter⁷² hat.

2. 1. Der kirchliche Charakter der Diyanet

2.1.1. Der kirchliche Charakter der Diyanet im Erstgutachten

Unter Notierung aller Vorbehalte hat sich das Erstgutachten dazu entschieden, den religiösen und 'kirchlichen' Charakter der Diyanet - insbesondere für den Rahmen der Kooperation von DITIB-Hessen mit dem Hessischen Kultusministerium - als wesentlicher anzusehen, als die 'landmannschaftlichen' und politischen Züge der Institution. Gründe dafür werden auf vier Ebenen angeführt.

Erstens wird mit Begriffen aus der Religionswissenschaft argumentierend der Diyanet der Charakter einer religiösen Anstalt attestiert, der sie in mancherlei Hinsicht mit dem Anstaltscharakter von Kirchen vergleichbar macht. Dies geschieht in Abgrenzung zur Sekte. Anders als eine Sekte spricht die religiöse Anstalt/Kirche die gläubige Masse an. Sie rekrutiert ihre Mitglieder qua Geburt in ein der Anstalt/Kirche folgendes Elternhaus und nicht über den individuellen Beitritt. Sie bedarf nicht unbedingt eines charismatischen Führers, sondern ihre Gefolgschaft vertraut der theologischen Autorität des Amtes. Sie ruft ihre Mitglieder weder zur Abwendung von der Welt noch zur Bekämpfung der herrschenden Zustände auf, und, sie mutet ihnen auch kein außergewöhnliches individuelles religiöses Engagement zu.⁷³

Zweitens wird aus einer religionssoziologischen Perspektive auf die unzweifelhaft gegebene Funktionen der Diyanet für die Organisation des Kultes, die Tradierung der Lehre und die Anleitung in moralischen und ethischen Fragen hingewiesen. Auch dies teilt die Diyanet mit der Kirche, und in den letzten Jahrzehnten machte sich die Diyanet außerdem die Aufgaben soziale Fürsorge und religiöse Seelsorge zu Eigen.

Drittens führen die Autoren die Akzeptanz der Behörde bei der Bevölkerung an, die sich darin ausdrücke, daß nach einer unabhängigen Untersuchung 80 Prozent der Befragten, der Diyanet in religiösen Fragen vertrauen.⁷⁴

70 Erstgutachten S. 10 und 22.

71 Erstgutachten S. 10.

72 Erstgutachten S. 42 bis 44.

73 Erstgutachten S. 42.

74 Erstgutachten S. 16.

Viertens relativiert das Erstgutachten den bürokratischen Charakter der Institution dadurch, daß es Beispiele für die Weigerung der Diyanet anführt, sich den Erwartungen der Politik zu fügen und außerdem Anzeichen für eine Schritt für Schritt sich entwickelnde teilweise Unabhängigkeit der Behörde von der Regierung zu erkennen glaubt.⁷⁵ Ihre bürokratische Verfaßtheit stellt in der Tat den stärksten Einwand gegen eine Einschätzung der Diyanet als primär religiöse (und damit kirchliche) Organisation dar. Ein zweiter Einwand bezieht sich darauf, daß die Diyanet in der Republik auch der Kontrolle und Begrenzung religiösen Lebens gedient hat.

2.1.2. Die anhaltende religiöse Autorität und die Legitimität der Diyanet in der türkischen Gesellschaft

Interessanterweise trägt jedoch gerade auch der letzte Punkt zur Akzeptanz der Religionsbehörde in der Bevölkerung bei und vermittelt ihr den Charakter einer in den Augen der Bevölkerung legitimen religiösen Organisation.

So schätzen etwa drei Viertel der Befragten den von der Behörde vertretenen Islam als Sicherung gegen radikale und politische Interpretationen der Religion, und ähnlich viele sehen keinen Widerspruch zwischen dem in der Verfassung verankerten Prinzip des Laizismus und der Existenz der Diyanet sowie der Rolle, die sie für die Anleitung des religiösen Lebens der Muslime spielt.⁷⁶

Dass dies keine Momentaufnahme ist, zeigt eine Umfrage von 2002, in der sich 82 Prozent für das Fortbestehen der Behörde ausgesprochen haben.⁷⁷

Die neuere Untersuchung eines weithin anerkannten und unabhängigen Meinungsforschungsinstituts, die zusammen mit in diesem Thema führenden türkischen Akademikern durchgeführt wurde⁷⁸, macht deutlich, daß sich diese Haltung der Bevölkerung auch heute nicht geändert hat.

Am größten ist demnach die Zustimmung der Bevölkerung zur Existenz und zur Legitimität der Diyanet.

77 Prozent der Befragten sehen in der Diyanet "eine Institution, die Angelegenheiten des Glaubens, des Kultes und der Moral nach den Grundsätzen der islamischen Religion anleitet" und nur eine Minderheit von 23 Prozent sieht in ihr "eine Institution, die der Staat errichtet, hat um das religiöse Leben zu kontrollieren und zu lenken"⁷⁹.

75 Erstgutachten S. 25-26.

76 So eben jene Untersuchung: Kemaleddin Taş, Türk halkının gözüyle Diyanet [Die Religionsbehörde in den Augen des türkischen Volkes], Istanbul 1995.

77 Ali Çarkoğlu/Binnaz Toprak, Türkiye'de din, toplum ve siyaset [Religion, Gesellschaft und Politik in der Türkei], Istanbul 2002, S. 66.

78 **Konda**, "Diyanet İşleri Başkanlığı araştırması: algılar, memnuniyet, beklentiler" [Untersuchung zum Präsidium für religiöse Angelegenheiten: Wahrnehmung, Zufriedenheit, Erwartungen] in: Helsinki Yurttaşlık Derneği [Helsinki Citizen's Assembly], *Sosyo-ekonomik bağlamında Diyanet İşleri Başkanlığı* [Das Präsidium für religiöse Angelegenheiten im sozio-ökonomischen Kontext], Istanbul, Dezember 2014, S. 75-143.

79 Konda S. 79 f.

72 Prozent können keinen Widerspruch zwischen dem Bestehen der Diyanet und dem Grundsatz des Laizismus erkennen.⁸⁰

77 Prozent sind nicht der Meinung, die Existenz der Behörde beschränke die Religionsfreiheit.

Zustimmung und Ablehnung zur Existenz der Behörde unterscheiden sich weniger nach Alter und Bildungsstand als nach dem Grad der Religiosität, nach der Konfession und nach der politischen Orientierung. Fromme stimmen der Existenz der Behörde stärker zu als laxer Gläubige, Hanafiten stärker als Schafiiten, Sunniten viel stärker als Aleviten und Wähler der Regierungspartei (AKP) sowie der extrem rechten Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) stärker als Wähler der säkularistischen Republikanischen Volkspartei (CHP) sowie Wähler prokurdischer Parteien (BDP/HDP).⁸¹

Die konkreten Dienstleistungen der Diyanet werden etwas kritischer betrachtet, und nur eine Minderheit macht von den religiösen Diensten regelmäßig Gebrauch. In Europa zeigen Befragungen zur Rolle der Kirche ganz ähnliche Befunde.

66 Prozent der Befragten sind mit der Tätigkeit der Diyanet allgemein zufrieden.⁸²

72 Prozent vertrauen in religiösen und moralischen Fragen ihren Urteilen und Anleitungen (Fetwa).⁸³

66 Prozent geben an, sie selbst oder ihre Kinder hätten Koran-Kurse der Institution besucht.

Nur 28 Prozent beten regelmäßig in Moscheen, 37 Prozent dagegen selten oder gar nicht, und der Rest nur hin und wieder.⁸⁴

Nur circa ein Drittel interessiert sich für weiterführende Angebote der Behörde wie religiöse Unterweisung und die Möglichkeit zur Pilgerfahrt.⁸⁵

Vorsichtige Kritik an der Diyanet entzündet sich an der faktischen Beschränkung ihrer Tätigkeit auf Dienstleistungen für die sunnitischen Muslime.

Gefragt danach, ob die Behörde "nur den sunnitischen Muslimen Dienstleistungen erbringen" sollte, oder auch "auch alevitischen Muslimen, oder "neben den Muslimen auch den Angehörigen anderer Religionen", sprechen sich nur 13 Prozent für die heute praktizierte Begrenzung der Dienstleistungen auf die sunnitischen Muslime aus. 34 Prozent votieren für eine Ausweitung der Dienstleistun-

80 Konda S. 82 f.

81 Konda S. 84.

82 Konda S. 85 f.

83 Konda S. 88 f.

84 Konda S. 95.

85 Konda S. 100 f.

gen auf "alevitishe Muslime", und 53 Prozent wollen auch die Angehörigen anderer Religionen integriert sehen.⁸⁶

Dies zeigt, wie diffizil trotz der genannten und sicher richtigen Parallelen zur Kirche der direkte Vergleich der Diyanet mit einer Kirche ist. Denn hier wird der Behörde gerade nicht einer in irgendeiner Form unvollkommenen oder gar falschen Auslegung des sunnitischen Islam bezichtigt, haben ihr doch oben 77 Prozent bestätigt, den richtigen Islam zu lehren. Die Kritik mangelnder Einbeziehung der Aleviten bezieht sich gerade nicht auf den kirchlichen Charakter der Institution als Ort der richtigen Lehre, sondern auf ihren staatlich-bürokratischen Charakter. Als staatliche Institution sollte die Diyanet nach Meinung des Großteils der Bevölkerung für die religiösen Bedürfnisse aller Bürger da sein.

In den Augen der Bürger der Republik der Türkei

- ist der Staat nicht nur ein, sondern der legitime Akteur für die Institutionalisierung der Religion,
- soll die Bürokratisierung der Religion ihrer Radikalisierung vorbeugen und gesellschaftliche Einheit sichern,
- wird Religionsfreiheit nicht primär als Selbstorganisation der Gläubigen, sondern als ihre Gleichbehandlung durch den Staat, sprich als die Integration aller Gruppen in die Obhut staatlicher Bürokratie vorgestellt.

In diesem Sinne ist es gerade ihr staatlich-behördliche Charakter, der die Diyanet für die Bevölkerung zur legitimen religiösen Autorität macht.

2.2. Der bürokratische Charakter der Diyanet

2.2.1. Sich abzeichnende faktische Autonomie der Diyanet im Erstgutachten

Das Erstgutachten relativiert den bürokratischen Charakter der Institution einmal durch den Hinweis auf ihre kirchenähnliche Funktion und zweitens dadurch, dass Anzeichen für die allmähliche Entwicklung einer Distanz wenn nicht gar Unabhängigkeit der Behörde zur Regierung erkannt werden.

Als ein Beleg dafür ist von einer Neuregelung des Procederes der Wahl des Präsidenten der Diyanet die Rede. Dieser sei bis vor wenigen Jahren ohne die Beteiligung jedweder religiösen Autorität allein auf Vorschlag des Ministerpräsidenten durch den Staatspräsidenten ernannt worden. Seit 2010 jedoch wähle ein "Oberrat für Religion" (Din Üst Kurulu) drei Kandidaten für das Präsidentenamt, auf die sich der Staatspräsident bei der Ernennung beschränken müsse.⁸⁷

Mittel- und langfristig hält das Erstgutachten es außerdem für möglich, daß der Behörde ein "halbautonomer Status"⁸⁸ gewährt werde. Die Autoren machen sich außerdem die Meinung eines früheren Präsidenten der Behörde zu eigen, der von einer bereits jetzt gegebenen "faktischen Autonomie" der Institution spricht und dies unter anderem mit der Haltung der Behörde im so genannten Kopftuchstreit begründet, in dem die Behörde gegen den Widerstand der damals äußerst einflußreichen

86 Konda S. 107.

87 Erstgutachten S. 11.

88 Erstgutachten S. 28.

Militärführung das Anlegen des Kopftuchs als religiöses Gebot (dessen Nichterfüllung jedoch nicht zu sanktionieren sei) betonte.⁸⁹

Was die Funktion der Diyanet als Institution zur Kontrolle und Begrenzung religiösen Lebens betrifft, kann der korrekte Hinweis auf die im letzten Jahrzehnt ausgeweiteten religiösen Aktivitäten der Diyanet als Anzeichen dafür gelesen werden, daß heute der religionsfördernde Charakter der Diyanet klar im Vordergrund steht. Dies wird einerseits am verstärkten Hineinwirken der Behörde in die gesamte Gesellschaft deutlich. Mit Hilfe ihrer religiösen Zeitschriften und Fernsehprogramme aber auch mit ihrer Sozialfürsorge und Seelsorge überschreitet die Behörde die ihr früher gezogenen Grenzen der Moschee und des Korankurses und wirkt tief in die gesamte Gesellschaft hinein. Sie hat ihre religiösen Aktivitäten außerdem weit über die Grenzen der Türkei hinaus ausgedehnt und repräsentiert den türkischen Islam längst nicht mehr nur in der europäischen Diaspora sondern auch auf internationaler Ebene.

2.2.2.. Die Diyanet als staatliches Lenkungs- und Kontrollinstrument und zwei Linien zur Überwindung des regierungsamtlichen Charakters der Behörde

Die im Erstgutachten angeführte Vorauswahl der Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Diyanet durch einen theologischen "Oberrat für Religion" (Din Üst Kurulu), die dort als erster vorsichtiger Schritt in Richtung einer teilweisen Autonomie der Behörde von der jeweiligen Regierung genannt worden ist, beruht offensichtlich auf einer Fehleinschätzung. Die am 1. Juli 2010 mit der Nummer 6002 vorgenommene Änderung des Diyanet-Gesetzes von 1965 regelt lediglich die Auswahl der Mitglieder eines "Hohen Rates für Religion" (Din İşleri Yüksek Kurulu), die aus ihrer Mitte ihren Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, aber keine Kandidaten für das Amt des Präsidenten wählt.⁹⁰ Hier liegt offensichtlich eine Verwechslung vor, und der Präsident wird nach wie vor vom Ministerpräsidenten vorgeschlagen, vom Kabinett bestätigt und vom Staatspräsidenten ernannt.⁹¹ Doch kann die Existenz des Hohen Rates für Religion, von dessen 16 Mitgliedern immerhin zwölf von einer größeren Theologenkommission bestimmt werden, als Hinweis auf eine relative Selbständigkeit der Behörde in theologischen Fragen gewertet werden. Schließlich wird der Rat im genannten Gesetz als "das in religiösen Fragen höchste Entscheidungs- und Beratungsorgan" der Türkei anerkannt.

Was mögliche Schritte zu einer auch formal-rechtlich zumindest teilweisen Unabhängigkeit der Behörde in den kommenden Jahren betrifft, gehen die Einschätzungen im Lande selbst so weit auseinander, daß hier keine Voraussage getroffen werden kann.

Aufschlussreich ist indes, in welchen Parametern eine größere Unabhängigkeit der Behörde jeweils diskutiert wird. Zwei Linien lassen sich unterscheiden.

89 Erstgutachten S. 25-26.

90 § 5 Abs. 1 und 2, Gesetz über die Gründung und die Aufgaben des Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten (türk) vom 22.6.1965 in der Fassung vom 11.9.2014

91 So der Präsident der Religionsbehörde Prof. Dr. Mehmet **Görmez**, Gespräch in der Zentrale der Diyanet in Ankara am **14.3.2017** und Yaşar, S. 35.

2.2.2.1 Die Unabhängigkeit der Behörde als Schritt zur Rehabilitierung und Ermächtigung der islamischen Religion in Gesellschaft (und Politik?)

Der heutige Präsident der Behörde spricht sich entschieden dafür aus, für die Wahl des Präsidenten das Vorschlagsrecht einer theologischen Kommission, deren Mitglieder primär aus dem Apparat der Diyanet und den theologischen Fakultäten kommen sollen, zu etablieren.⁹² Er zeigt sich überzeugt, daß die Staatsspitze in den Monaten und Jahren nach dem Verfassungsreferendum, das für den 16. April 2017 angesetzt ist (und mit dessen Annahme er offenbar rechnet), drei Neuerungen einführen wird, über deren genaue Regelung in gemischten Arbeitsgruppen der Behörde und der Regierung bereits jetzt große Fortschritte erzielt worden seien.

Erstens stehe dann tatsächlich, die Bildung einer Kommission mit Vorschlagsrecht für Kandidaten des Präsidentenamtes an. Auch die heutige Staatsführung sei der Überzeugung, daß der Präsident der Diyanet nicht wie andere Beamte einfach von der Regierung ernannt werden sollte. Tatsächlich wurde in den letzten Jahren der protokollarische Rang des Präsidenten der Diyanet erhöht, und sowohl Staatspräsident R. Tayyip Erdoğan als auch der frühere Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu haben dies öfter und öffentlich die religiöse Autorität des Präsidenten hervorgehoben. So sagte der damalige Premierminister Ahmet Davutoğlu 2015: "Die Präsident des Amtes für Religiöse Angelegenheiten in der Türkei ist längst kein einfacher Beamter mehr. Er wurde zum Repräsentanten einer traditionsreichen Theologie."⁹³ Und im selben Jahre verkündete Staatspräsident R. Tayyip Erdoğan: "Mehmet Görmez [der Präsident der Diyanet] ist nicht nur der religiöse Führer der Türkei, er ist ein geschätzter religiöser Führer in der gesamten islamischen Welt."⁹⁴

Zweites, sagt Mehmet Görmez, würden Überlegungen dahingehend angestellt, die Diyanet auch formal in die Unabhängigkeit zu entlassen. Ein konkreter Schritt dazu wäre die Zusammenlegung der Behörde mit dem Generaldirektorium für das Stiftungswesen (Vakıflar Genel Müdürlüğü). Letzteres verwaltet die frommen Stiftungen, die im Osmanischen Reich selbständig gewesen waren und zu Beginn der Republik unter staatliche Kontrolle gestellt worden sind.⁹⁵

Die Zusammenlegung der beiden Institutionen würde der Diyanet eine vom öffentlichen Haushalt unabhängige Finanzierung verschaffen und ihre Ausgliederung aus der staatlichen Verwaltung und damit die Trennung von der Regierung ermöglichen. Wahrscheinlicher jedoch ist - sollte die beiden Institutionen tatsächlich vereinigt werden - die Gründung eines Ministeriums für Religion und Stiftungen und die Unterstellung der neuen Institution unter dieses Ministerium. Waren Religionsdienste und Fromme Stiftungen im ausgehenden Osmanischen Reich⁹⁶ doch kurzzeitig in einem Scheriat-

92 Dies und das Folgende nach Görmez 14.3.2017.

93 Website der Zeitung *Hakimiyet* (Konya) vom 17.5.2015. <http://www.hakimiyet.com/basbakan-davutoglu-canli-yayinda-922564h.htm>.

94 Zit. nach Süddeutsche Zeitung vom 27.1.2017.

95 Informationen dazu auf der englischsprachigen Website der Institution: <http://www.vgm.gov.tr/index.aspx?Dil=EN>.

96 Gegründet worden war dieses Ministerium im Mai 1920 durch das in Anatolien sich formierende Parlament, das den Nationalen Unabhängigkeitskrieg gegen die europäische Besetzung Istanbuls und großer Teile Anatoliens anleitete. Siehe Ali Akyıldız, "Şer'iyye ve Evkaf Vekâleti", *İslâm Ansiklopedisi*, Band 39, S. 7-8, Istanbul 2010. 1923 war dieses Ministerium aufgelöst und an seine Stelle die Diyanet und das Generaldirektorium für das Stiftungswesen gegründet worden.

und Stiftungsministerium (Şeriye ve Evkaf Vekâleti) integriert, und war dessen Minister doch Teil des Kabinetts.

Eine solche Regelung würde die heute zumindest formal bestehende Unterordnung der Religion unter die Regierung in Richtung ihrer Integration in die Regierung verändern. Konservative Intellektuelle würden einen solchen Schritt begrüßen, der religiösen Autoritäten im Kabinett eine Stimme verschafft.⁹⁷

Eine auf die genannte Weise finanziell auf eigenen Füßen stehende religiöse Institution könne, so der heutige Präsident der Diyanet weiter, ihre Bediensteten aus ihren eigenen Mitteln entlohnen. Damit wäre die Möglichkeit eröffnet, die Korankurs-Lehrer, Vorbeter und Muftis der Behörde aber auch ihr Verwaltungspersonal aus dem Beamtenstatus zu entlassen und so den nichtstaatlichen Charakter der Institution weiter zu verstärken.

Die genannten Schritte lassen sich einerseits als Maßnahmen zur Schaffung ökonomischer Selbständigkeit der religiösen Institution und zur Schwächung ihrer direkten Abhängigkeit von der Regierung und damit als Weg zu einer eher zivilrechtlichen Institutionalisierung der Religion verstehen.

Andererseits enthalten sie die protokollarische Aufwertung der religiösen Institutionen innerhalb des Staatsapparats und Elemente einer Rückkehr zu Regelungen früherer Perioden, als die Religion nicht nur ökonomisch vom Staate unabhängig war, sondern ihre Amtsträger auch legitime politische Akteure und selbst in der Regierung vertreten waren. Der Gleichklang dieser Überlegungen mit der heute gerade im Regierungslager weit verbreiteten positiven Erinnerung an osmanische Zustände ist jedenfalls nicht zu überhören.

2.2.2.2. Die Unabhängigkeit der Behörde als Schritt zur Verstärkung des zivilen Charakters der Religion und zur effektiven Auseinandersetzung mit besorgniserregenden Strömungen innerhalb des nationalen und internationalen Islam

Im Gegensatz zum heutigen Präsidenten der Behörde hat sein Vorgänger Prof. Ali Bardakoğlu vorläufig alle Hoffnungen auf eine größere Distanz der Diyanet zur Regierungspolitik fahren lassen. Bardakoğlu trat im November 2010 im Konflikt mit der Regierung in der Kopftuchfrage zurück. Zwar stand Bardakoğlu zur traditionellen Haltung der Diyanet, die das Kopftuch als religiöses Gebot für die Muslima betrachtete, doch betonte er, die Bedeckung sei keine Bedingung dafür, daß eine Frau als Muslima anerkannt werde.⁹⁸ Auch wehrte er sich gegen die Einbindung der Behörde in eine Kampagne der Regierungspartei zur Aufhebung des Kopftuchverbots an den Universitäten. Dies sei Aufgabe der Politik, nicht der Behörde, sagte Bardakoğlu damals, und wehrte sich dagegen, daß "die Diyanet [religiöse] Gutachten auf Bestellung" abgebe.⁹⁹

97 Vgl. Kara 1999, S. 221.

98 "Das Kopftuch ist keine Bedingung für die Zugehörigkeit zum Islam" (türk.) Meldung vom 18.10.2010, <http://www.yeryuzuhaber.com/basortusu,-muslumanligin-onsarti-degildir-haberi-4059.htm>.

99 "Der Präsident der Diyanet hat sein Amt niedergelegt" (türk.), Website der Zeitung *Vatan* vom 11.11.2010, <http://www.gazetevatan.com/bardakoglu-gorevi-birakti-339958-gundem/>.

Im Einklang damit hatte sich Bardakoğlu auch für eine "Autonomie" der Behörde ausgesprochen, sie allerdings in einen ganz anderen Zusammenhang gestellt als Görmez. Anders als Görmez bezog sich Bardakoğlu für die Forderung nach Autonomie der Behörde nicht auf ihre Sonderstellung innerhalb der Verwaltung, die durch ihren religiösen Charakter gegeben sei, sondern darauf, daß sie - wie andere Institutionen auch - für die Erfüllung ihrer originären Aufgaben der inhaltlichen Autonomie von der Regierungspolitik bedarf. Als Beispiel nannte er die größere Autonomie, die 2010 der Hohe Rat für Richter und Staatsanwälte (HSYK) im Rahmen einer auf die EU-Mitgliedschaft zielenden Gesetzgebung erlangt hatte. So wie die Juristen, sollten auch die Theologen die Leitung ihrer Institution weitgehend selbst übernehmen und so von direktem Regierungseinfluß unabhängig werden.¹⁰⁰

Nicht staatliche Verbote oder staatliche Anleitung und Kontrolle, sondern nur die offene Auseinandersetzung an akademisch freien Universitäten, in einer freien Presse und in einer toleranten und pluralen Gesellschaft könnten ein Gegengift zu besorgniserregenden Strömungen innerhalb des religiösen Teils der Gesellschaft entwickeln, wie sie ein verknöcherte Traditionalismus, militanter Konfessionalismus, Salafismus und die Kommerzialisierung von Religion darstellten.¹⁰¹

In dieser Linie der Diskussion, dient die Autonomie der Behörde weniger der Rehabilitierung der Religion gegen den Laizismus, sondern eher der Umgestaltung des republikanischen Laizismus und des Religionsverständnis in Richtung institutioneller Transparenz, der Förderung von religiösem Pluralismus und gesellschaftlicher Toleranz.

Was die Umsetzung der Forderung nach Autonomie angeht, zeigt sich Bardakoğlu heute jedoch in zweierlei Hinsicht skeptisch.¹⁰²

Zum einen sei eine solche Forderung heute leider nur noch theoretisch richtig. Angesichts bedenkllicher Strömungen innerhalb des Islam in der Türkei aber noch mehr im Nahen Osten könne man nicht umhin, den mäßigenden und rationalisierenden Einfluß der Behörde anzuerkennen. Die Diyanet habe auch nach seinem Weggang ihren "institutionellen Reflex" bewahrt und lasse sich auch unter seinem Nachfolger weder von problematischen Strömungen vereinnahmen noch von der Regierung instrumentalisieren. Die Leitung der Behörde wisse genau, daß wer sich der Politik unterwirft, sein Ansehen beschädigt. In diesem Sinne sei die Behörde nach wie vor ein Schild gegen die Ausbreitung religiösen Fanatismus' und Dschihadismus', sowohl in der Türkei als auch in Deutschland. In keiner Moschee der Diyanet würden Christen und Juden als Ungläubige verunglimpft, Frauen als Geschöpfe niedrigeren Wertes dargestellt oder die Muslime zum Dschihad aufgerufen.

Zum anderen sehe er keinerlei Anzeichen dafür, daß die Regierung davon abließe, die Behörde in ihrem Sinne zu politisieren. In der Opposition falle es jeder Partei leicht, die Autonomie der Behörde [von der jeweiligen Regierung, GS] zu fordern. Doch einmal an der Macht, wolle keine Partei auf das Instrument verzichten. Hinzu käme, daß heute in der Türkei nahezu der gesamte Staatsapparat stark politisiert sei, von der Justiz und den Universitäten bis hin zur Zentralbank. In diesem Klima ein von der Politik unbeeinflußtes Handeln der Behörde zu erwarten, sei realitätsfremd.

100 "Die Diyanet verlangt nach Autonomie" (türk.), Website der Zeitung *Radikal* vom 23.10.2010 <http://www.radikal.com.tr/yazarlar/ahmet-insel/diyanet-ozerklik-istiyor-1025109/>.

101 Ali Bardakoğlu, "Der religiöse Schwarzmarkt" (türk.), Website der Zeitung *Karar* 20.2.2017, <http://www.karar.com/gorusler/prof-dr-ali-bardakoglu-yazdi-kayit-disi-din-pazari-393633>.

102 Dies und das Folgende: Gespräch mit Ali Bardakoğlu am 17.3.2017 im Zentrum für Koranstudien (KURAMER) in Istanbul.

2.2.2.3. Die Intensivierung der Anbindung der Diyanet an das Regierungshandeln im Rahmen der türkischen Außenpolitik

Tatsächlich läßt sich eher ein gegensätzlicher Trend beobachten, nämlich die Verstärkung der Anbindung der Behörde an die Regierung. Im September 2014 verschaffte sich der damals neu gewählte Premierminister Ahmet Davutoğlu direkten Zugriff auf die Diyanet, die bis dahin von einem Staatsminister beaufsichtigt worden war.¹⁰³ Auch die heutige Regierung Binali Yıldırım, die im Mai 2016 ihr Amt antrat, unterstellte die Diyanet direkt dem Ministerpräsidentenamt.¹⁰⁴

Ein Grund für Davutoğlus Entscheidung war ohne Zweifel seine Absicht, die Behörde verstärkt für die türkische Außenpolitik nutzbar zu machen. Unter der AKP-Regierung, so Davutoğlu im Mai 2015, sei die Diyanet in ein neues Stadium ihrer Entwicklung getreten. Sie habe aufgehört, ein Kontrollinstrument des laizistischen Staates zu sein.¹⁰⁵ Heute, da sich die Türkei auf eine "Neubelebung der [muslimischen] Zivilisation"¹⁰⁶ konzentriere und dafür viele Initiativen unternahme, spiele die Diyanet eine wesentliche Rolle, da sie den "elaborierten Islam Istanbul"¹⁰⁷ in der Welt verbreite. So wie die AKP-Regierung der halbstaatlichen türkischen Fluglinie Turkish Airlines (THY) und der Türkischen Agentur für Zusammenarbeit und Entwicklung[shilfe] (TİKA) den Weg geebnet habe - sprich: diese Institutionen für ihre Außenpolitik eingesetzt hat - so auch der Diyanet.¹⁰⁸

Er selbst, so Davutoğlu weiter, weise die Angehörigen der Diyanet, die ins Ausland entsandt werden, an, sich auf fünf zentrale Aufgabenfelder zu konzentrieren: "1. die religiösen Bedürfnisse unserer Staatsbürger im Ausland [West-Europa, Australien und die USA], 2. die religiösen Bedürfnisse der turksprachigen - und der Regionen, die uns besonders am Herzen liegen, wie Zentralasien und der Balkan, 3. die konfessionellen Zusammenstöße im Herzen des Muslimentums, in Damaskus, Bagdad, Jerusalem und Mekka, 4. Regionen die wir neu erschließen, wie Afrika und Lateinamerika, und 5. der interreligiösen Dialog."¹⁰⁹

Gerade weil der Diyanet, so Davutoğlu, eine "so umfassende Mission übertragen" worden sei, seien Forderungen nach der Abschaffung oder Umstrukturierung der Diyanet nicht nur ein Angriff auf die Institution und ihren Präsidenten, sondern "ein Angriff auf die Stimme der Vernunft, die sich aus der Türkei zu Wort meldet."¹¹⁰

103 "Die Diyanet wurde dem Premierminister unterstellt" (türk.) *Hürriyet* 1.9.2014
<http://www.hurriyet.com.tr/diyanet-basbakana-baglandi-27120302>.

104 "Die Aufgabenverteilung der 65. Regierung" (türk.), Website der Zeitung *BirGün* 24.5.2016
<http://www.birgun.net/haber-detay/65-hukumet-in-gorev-dagilimi-belli-oldu-113488.html>.

105 Ahmet Davutoğlu, "Dies ist nicht nur ein Angriff auf den Präsidenten der Religionsbehörde" (türk.), Website der Zeitung *Yeni Çağrı* 7.5.2015, <http://www.yenicagri.com/davutoglu-bu-diyamet-isleri-baskanina-yapilan-bir-saldiri-degil-dedi.html>.

106 *Hürriyet* 1.9.2014

107 *Hakimiyet*

108 *Yeni Çağrı*

109 *Ebenda*.

110 *Ebenda*.

2.2.2.4 Die Haltung der Bevölkerung zur zukünftigen Struktur und zu den Aufgaben der Diyanet

Die Bevölkerung ist sich der widerstreitenden Tendenzen in der Politik über die Zukunft der Diyanet durchaus bewußt.

In der o.g. Untersuchung aus dem Jahre 2014 sprachen sich nur 37 Prozent für die direkte Anbindung der Behörde an den Ministerpräsidenten aus, 42 Prozent optierten dagegen, der Rest hatte keine Meinung.¹¹¹

Eine ganz ähnliche Tendenz zeigte sich bei der Frage, ob sich die Diyanet zu tagespolitischen Themen äußern sollte. Akzeptieren wollten das nur 33 Prozent, 49 Prozent sprachen sich dagegen aus, der Rest hatte keine Meinung.¹¹²

Daß eine relative Mehrheit der Bevölkerung für eine größere Distanz der Diyanet zur Regierung votiert, zeigt sich auch darin, daß sich 61 Prozent der Befragten dafür aussprachen, den Präsidenten der Behörde per Wahl "innerhalb der Diyanet" zu bestimmen. Nur 16 Prozent positionierten sich dagegen.

Gleichzeitig jedoch finden es 77 Prozent richtig, daß Muftis (die höchsten Vertreter der Diyanet in jeder der 81 Provinzen) von der Zentrale der Diyanet ernannt und nicht von ihren Regionalgliederungen gewählt werden.¹¹³

Die Antworten auf alle diese Fragen zielen eindeutig darauf, die Diyanet als Teil einer von der Regierung nicht direkt zu instrumentalisierenden Bürokratie zu stärken und sie sowohl vor dem Einfluß der jeweiligen Regierung(spartei) als auch von dem Einfluß regionaler, lokaler oder partikularer Strömungen zu bewahren.

Daß es der Mehrheit der Bevölkerung eher um die friedliche Integration der verschiedenen religiösen Strömungen in die bestehende Religionsbürokratie als um die politische und gesellschaftliche Ermächtigung der Religion als der Ideologie eines politischen Blocks geht, zeigt sich an den Antworten auf die Frage, wie eine Integration der alevitischen Minderheit in die Diyanet aussehen könnte.

Während 41 Prozent der Diyanet (so wie sie heute ist) Dienstleistungen auch für Aleviten übertragen wollten, optierten 32 Prozent für die Aufnahme alevitischer Vertreter in die Bürokratie der Diyanet, und 27 Prozenten wollten gar die Gründung einer der Diyanet parallelen bürokratischen Struktur für die Aleviten.¹¹⁴

111 Konda S. 115.

112 Konda S. 118.

113 Konda S. 115.

114 Konda S. 110. Sieben Prozent wollten sich nicht äußern und stehen wahrscheinlich jeder Integration der Aleviten ablehnend gegenüber.

3. Die aktuelle Haltung der Diyanet zu einzelnen Gegenstandsbereichen

Das Erstgutachten wurde am 31. März 2012 übergeben. Seit diesem Datum hat sich das politische Klima in der Türkei fundamental gewandelt. Schien es 2012 noch möglich, daß die Türkei - trotz einiger Rückschläge - auf dem Weg der Demokratisierung voranschreitet und hielt die türkische Regierung damals zumindest rhetorisch noch am Ziel einer Mitgliedschaft des Landes in der EU fest, ist all dies heute in weite Ferne gerückt. Stationen dieser Entwicklung dokumentieren die wachsende Distanz zum Westen, deren religiösen Anstrich zunehmend kräftiger ausfällt.

Im Sommer 2012 traten Konflikte zwischen der Türkei und den westlichen Mächten über die Haltung zum syrischen Bürgerkrieg zutage. 2013 wurde daraus ein Konflikt zwischen Ankara und Washington über die Unterstützung salafistischer und dschihadistischer Gruppen in Syrien.

Im so genannten Arabischen Frühling hatte sich die türkische Regierung vorbehaltlos hinter die Proteste und Aufstände der sunnitischen Bevölkerungen Ägyptens und Syrien gestellt. Die Entmachtung der ägyptischen Muslimbrüder durch einen vom Westen hingenommenen Militärputsch ließ in Ankara Zweifel an die Intentionen des Westens gegenüber der AKP-Regierung aufkommen. Hatte die AKP doch im Verlauf des Arabischen Frühlings die islamische Dimension ihrer Rhetorik deutlich erhöht.

Im Sommer desselben Jahres sah sich die Regierung Massenprotesten bislang unbekanntem Ausmaßes gegenüber, die sich am Konflikt um den Istanbuler Gezi-Park entzündet hatten. Die von säkularen Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragenen Proteste wurden gewaltsam beendet, was in Europa einen Sturm der Entrüstung auslöste.

In Ankara band man den säkularen Putsch in Ägypten, die säkularen Proteste in der Türkei und die Distanz Europas zur türkischen Führung zusammen und wertet seit dieser Zeit jegliche in- und ausländische Kritik als Teil eines international angelegten Staatsstreichs gegen die gewählte Regierung. Die Türkei werde angegriffen, weil sie sich die Mission zu Eigen gemacht habe, die sunnitisch-islamische Welt zu beschützen.

Im Winter 2013 eskalierte der innertürkische Machtkampf zwischen der Bewegung des Predigers Fethullah Gülen und der türkischen Regierungspartei. Die Tatsache, daß Gülen in den USA lebt, wurde zu einem weiteren Mosaikstein im Bild eines gegen die Türkei verschworenen Westens.

Bei der Präsidentschaftswahl im August 2014 war die Nation für die Regierung bereits säuberlich in gläubige Patrioten, die zur Regierung hielten, auf der einen Seite und eine aus Saboteuren, Verrätern und Agenten des Auslands bestehende Opposition geteilt.

Mit dem Angriff des Islamischen Staates auf die kurdisch-syrische Stadt Kobane im September 2014 zeichnete sich ein neuer Konflikt der Türkei mit den USA ab. Fortan galt in Ankara die Unterstützung der USA für PKK-nahe kurdische Kämpfer in Syrien als weiterer Beleg für die Feindschaft des Westens der Türkei gegenüber. Im Sommer 2015 fielen die Friedensverhandlungen Ankaras mit der PKK dem Wahlkampf der AKP und dem Bestreben der Kurden nach selbstverwalteten Strukturen in Syrien zum Opfer.

In der Rhetorik der Regierung ließen sich all diese Konflikte auf den Überlebenskampf einer türkischen Nation reduzieren, die nach einhundert Jahren kultureller Fremdbestimmung durch säkulare Eliten (die Kemalisten) endlich zurück zu sich selbst, ihrer Zivilisation und ihrem Glauben gefun-

den hat. Sie ist vom Schicksal ausersehen, die sunnitische Welt gegen den imperialistischen Westen (und den schiitischen Iran) zu verteidigen¹¹⁵ und sieht sich deshalb unablässig heimtückischen Attacken ausgesetzt. Der Putschversuch vom 15 Juli 2016 und mehr noch die in Europe und den USA offen geäußerten Zweifel am Vorgang und die umgehend einsetzende Kritik an der Praxis des Ausnahmezustandes konnten dieses Bild von der bedrohten muslimischen Nation und ihrer Führung nur verstärken.

In den Kampagnen zum aktuellen Referendum zur Verfassungsänderung werden denn auch Begriffe und Symbole mit religiöser Konnotation in einem Ausmaß eingesetzt, die 2012 in keiner Weise vorhersehbar war. Den Grad, den die Nutzung religiösen Vokabulars in der politischen Propaganda der Regierung und ihrer Presse mittlerweile erreicht hat, machen die folgenden beiden Beispiele deutlich.

Am 5. April sagt Staatspräsident Erdoğan auf einer Großveranstaltung im westanatolischen Bursa, jene, die die von der Regierung zur Abstimmung gestellte Änderung der Verfassung ablehnen, gefährdeten nicht nur ihr diesseitiges Wohlergehen, sondern auch ihr jenseitiges Glück.¹¹⁶ Damit wird die Abstimmung im Sinne der Regierung geradezu zur Voraussetzung für religiöse Rechtfertigung. Nur wenige Tage davor, hatte der Theologe Hayrettin Karaman, der sich durch eine besondere Nähe zu Erdoğan auszeichnet, in einem der Regierung nahe stehenden Blatt, die Anhänger der AKP scheinbar zur Mäßigung im Wahlkampf aufgerufen. Weil die Gemeinschaft der Gläubigen (İslam Ümmeti) es selbst den nicht-muslimischen Anhängern der Buchreligionen erlaube, in ihren eigenen Gemeinden unbehelligt unter den Muslimen zu leben, sollte man auch den Nein-Sagern friedlich begegnen. Schließlich bestehe die große Mehrheit der Opposition ebenfalls auch Muslimen, die sich freilich ihrer Zivilisation¹¹⁷ und ihrer Kultur entfremdet hätten.¹¹⁸ Praktisch weist der Theologe damit der politischen Opposition den Status von Schutzbefohlenen (Zimmi) zu, ein Begriff aus dem islamischen Recht, und erklärt sie zu Bürgern mit minderen politischen Rechten. In einem weiteren Artikel legt Karaman nach und führt aus, daß Gehorsam den politischen Autoritäten ein Gebot des Islam sei. Allerdings müßten sich die politischen Autoritäten dem Rat der Religionsgelehrten unterwerfen.¹¹⁹

Der Präsident der Religionsbehörde, die ja der politischen Ausbeutung des Islam einen Riegel vorschieben soll, hat sich bislang zu solchen Vereinnahmungen der Religion für die Interessen politi-

115 Im aktuellen Wahlkampf zum Verfassungsreferendum sagt Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu am 31. März in Izmir, die Türkei sei nicht nur für ihre 80 Millionen Einwohner verantwortlich, sondern für die zwei Milliarden Angehörigen der islamischen Umma. *Cumhuriyet* vom 1.4.2017, http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/turkiye/711462/Cavusoglu__Koyun_keci_de_guderiz__Turkiye_yi_de_en_yi_sekilde_yonetiriz.html.

116 "Erdoğan: Bringt euer diesseitiges und euer jenseitiges Leben nicht in Gefahr" (türk.), Website der Zeitung *Yeniçağ* vom 5.4.2017 <http://www.yenicaggazetesi.com.tr/erdogan-dunyanizi-da-ahiretinizi-de-tehlikeye-atmayin-160774h.htm>.

117 Zivilisation hat sich im politischen Diskurs der Regierungspartei als Deckwort für Religion etabliert.

118 Hayrettin Karaman, "Mäßigung beim Referendum" (türk.), *Yeni Şafak*, 26.3.2017, <http://www.yenisafak.com/yazarlar/hayrettinkaraman/referandum-surecinde-itidal-2036963>.

119 Hayrettin Karaman, "Gehorsam" (türk.), *Yeni Şafak*, 31.3.2017, <http://www.yenisafak.com/yazarlar/hayrettinkaraman/itat-2037056>.

scher Parteien nicht geäußert.¹²⁰ Es gibt bislang auch keine öffentliche Stellungnahme des Präsidenten gegen den Wahlkampfauftritt des Gesundheitsministers in einem Moscheehof.¹²¹ Allerdings hat sich der Präsident der Behörde von 'inoffiziellen' Imamen distanziert, die nicht bei der Diyanet angestellt sind, aber in Moscheen Propaganda betrieben haben. Er hat außerdem disziplinarische Untersuchungen gegen einzelne beamtete Imame angekündigt¹²², die ebenfalls in Predigten für die Regierung Stellung bezogen haben.¹²³

3.1. Die Stellungnahmen der Diyanet zu Fethullah Gülen

In den Tagen vom 17. bis 25. Dezember 2013 erschütterten Ermittlungen wegen Korruption die türkische Politik. Die Ermittlungen richteten sich gegen vier Minister des Kabinetts Erdoğan und drohten, auch auf den Ministerpräsidenten selbst und seinen Sohn überzugreifen. Hinter den Ermittlungen wurden Polizeiführer, Staatsanwälte und Richter der Gülen-Bewegung vermutet, mit der die Regierungspartei seit 2012 im Streite liegt. Davor hatte die AKP ein Jahrzehnt mit der Bewegung kooperiert und ihren Kadern großzügig die Organisation in Polizei, Justiz und Militär ermöglicht. In all diesen Jahren hatte sich die Religionsbehörde nicht über die Gülen-Bewegung geäußert. Dies, obwohl die Bewegung bereits seit den 80er Jahren in der Türkei hoch umstritten war und außerdem die Meinung vertreten wurde, daß der Erfolg inoffizieller islamischer Strömungen wie der Gülen-Bewegung auch eine Folge des niedrigen religiösen und intellektuellen Profils der Diyanet sei.¹²⁴ Erst im März 2014, drei Monate nach der Eskalation der Auseinandersetzung zwischen Regierungspartei und Bewegung veröffentlichte die Diyanet eine Stellungnahme. In ihr wurde die Gülen-Bewegung - allerdings ohne sie beim Namen zu nennen - als "spiritualistisch (spiritualist) oder gnostisch (gnostik) und messianisch (mesiyanic)" bezeichnete und so Begriffe verwendet, die dem Mann auf der Straße wenig sagen. Dem durchschnittlich gebildeten Bürger erschloß sich die von der Diyanet vorgebrachte negative Seite der Bewegung nur dadurch, daß sie als "den gesellschaftlichen Frieden bedrohend, unsere universellen sittlichen Grundsätze beschädigend, die Religion und die Frömmigkeit der jungen Generation schwächend" charakterisiert wurde.¹²⁵

120 Anders sein Vorgänger. Bardakoğlu sagte am 6.4.2017, es sei falsch, Politik und Religion zu vermengen. Dadurch nähme sowohl die Religion als auch die Gesellschaft Schaden. Ali Bardakoğlu, "Wir haben die Religion mit der Politik vermischt" (türk.) *Yeniçağ* 6.4.2017, <http://www.yenicaggazetesi.com.tr/bardakoglu-biz-din-ile-siyaseti-ic-ice-kildik-160811h.htm>.

121 "Gesundheitsminister Akdağ wirbt im Moscheehof für 'Ja'" (türk.) *t24*, 4.3.2017, <http://t24.com.tr/haber/saglik-bakani-akdagdan-cami-avlusunda-evet-propagandasi,392001>.

122 <http://www.hurriyet.com.tr/camide-evet-verin-demisti-o-imama-sorusturma-40358812> vom 8.2.2017.

123 Beispiele dafür unter: <http://www.yenicaggazetesi.com.tr/bardakoglu-biz-din-ile-siyaseti-ic-ice-kildik-160811h.htm>. Dort auch ein Video, das einen amtlichen türkischen Reiseführer zeigt, der das Gebet eine türkische Pilgergruppe in Mekka für die Sieg Erdoğan's im Referendum anleitet.

124 Sedat Ergin, "Die Diskussion um Fethullah Gülen und die Diyanet" (türk.), *Hürriyet* 29.6.1999, <http://www.hurriyet.com.tr/sedat-ergin-fethullah-gulen-tartismasi-ve-diyamet-39088482>.

125 "Presseerklärung zum aktuellen Geschehen" (türk.), Website der *Diyanet* am 25.3.2014, <http://www.diyamet.gov.tr/tr/icerik/gundeme-iliskin-basin-aciklamasi/12807>.

Es brauchte weitere sechs Monate, bis im September die erste Version eines umfassenden Berichts der Diyanet über das Gedankengut Gülens an die Öffentlichkeit drang.¹²⁶ Darin wird Fethullah Gülen unter Verweis auf Textstellen seiner Bücher und die Ausführungen von Zeugen beschuldigt, er habe sich angemaßt, noch über dem Propheten Muhammed zu stehen, mit Gott direkt zu kommunizieren, von Gott über Zukünftiges eingeweiht worden zu sein und die eigene Gefolgschaft als "besonders durch Gott geheiligt" dargestellt zu haben. Dies alles ist mit dem orthodoxen Islam unvereinbar und hätte deshalb längst in den Fokus einer Behörde gelangen müssen, die sich stets selbst bescheinigt, daß sie die rechte Version der islamischen Religion vermittelt. Im Januar 2016 widmet sich die monatliche Zeitschrift der Diyanet (*Diyanet Dergisi*) dem Thema Bewegungen des Zwists und der Spaltung unter den Muslimen (*Nifak Hareketleri*).¹²⁷

3.2. Die Stellungnahme der Diyanet zur Ideologie des Islamischen Staates

Auch was die Beurteilung des Islamischen Staates (IS) durch die Religionsbehörde betrifft, besteht ein auffälliger zeitlicher Zusammenfall mit der Regierungspolitik. Ende August 2015 beteiligte sich die Türkei in Form von Luftschlägen erstmals aktiv am Kampf gegen den (IS) und zeitgleich veröffentlichte die Diyanet ihre Kritik an der Kriegstheologie der Organisation.¹²⁸

Das Dokument unterscheidet einerseits zwischen einer legitimen Interesse an den ersten Generationen der Gläubigen (*ilmi selefilik*) und dem politischen Salafismus (*selefizm*), der den islamistischen Aktivismus als die einzige Möglichkeit eines gerechtfertigten islamischen Lebens absolut setzt. Andererseits weist der Bericht auf die theo-ideologischen Gemeinsamkeiten des IS mit anderen salafistischen und dschihadistischen Gruppen hin.¹²⁹ Ihnen allen sei es gemeinsam, daß sie einzelne Verse des Koran und einzelne Hadithe aus dem Zusammenhang reißen, deren wörtliches Verständnis als Rechtsvorschriften absolut setzen, einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Offenbarung und Rationalität behaupten und die eigene Interpretation als allein gültige vorbringen. Ein solches Vorgehen werde der Offenbarung nicht gerecht, und es entspreche auch nicht dem Verständnis der großen Mehrheit der Muslime. Diese richteten sich nach den Religionsgelehrten, die über anerkannte Methoden zur Interpretation der Quellen und unter Einsatz ihres Verstandes, der den Menschen von Gott gewährt worden sei, zur rechten Erkenntnis gelangten.¹³⁰ Die Salafisten dagegen verfälschten grundlegende Konzepte der islamischen Religion.

Im Einzelnen nennt der Bericht etwa die Unantastbarkeit des Menschen (*İsmet*) und seiner Rechte, die der Islam allen Menschen zubillige. Salafisten wollten die Rechte des Menschen nur Muslimen gewähren und betrachten die Nicht-Muslime als die signifikanten Anderen der Muslime. Doch nicht

126 "Die Diyanet listet Gülens Sünden auf" (türk.). Website des Fernsehsenders *TGRT* vom 22.9.2016, <http://www.tgrthaber.com.tr/gundem/diyanet-gulenin-gunah-galerisini-cikariyor-143564>.

127 http://www2.diyamet.gov.tr/DiniYay%C4%B1nlarGenelMudurlugu/DergiDokumanlar/Aylik/2017/aylik_ocak_2017.pdf.

128 Mustafa Akyol, "Turkey takes on the Islamic State ... in 40-page report", *Al Monitor* 2.9.2015, <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/09/turkey-offers-its-own-religious-case-against-islamic-state.html>.

129 [Diyanet], *DAİŞ'in temel felsefesi ve dini Referansları Raporu* [Bericht über die grundlegenden philosophischen und religiösen Orientierungen des Islamischen Staates], Website der *Diyanet*, [2015] <http://webdosya.diyamet.gov.tr/anasayfa/UserFiles/Document/TextDocs/b7ca135a-c08f-4ee5-892b-4c181663630a.pdf>, S. 8 und 7.

130 Ebenda, S. 10.

der Nicht-Muslim ist es, der den Muslimen unversöhnlich gegenübersteht, sondern nur der Unterdrücker (Zalim).¹³¹

Ebenfalls in entstellter Form würde das Konzept des Kalifats (Hilafet) verwendet. Für die Salafisten sei das Kalifat die nach dem Islam einzig legitime politische Herrschaft, die auch mit Gewalt und gegen den Willen anderer Muslime zu errichten sei. Doch der Koran verstehe Hilafet als die politische Ordnung, die durch Prozesse der Beratung, Einigung und Zustimmung aller Muslime entstehe.¹³²

Die Verketzerung bzw. das Absprechen des Muslim-Seins (Tekfir) ist ein weiterer Streitpunkt. Die Salafisten sprächen den Schiiten als Gruppe die Zugehörigkeit zum Islam ab und scheuten sich nicht, so auch gegen Sunniten vorzugehen, die sich dem IS nicht unterwerfen. Dabei habe der Prophet niemanden, der den Glauben angenommen, grundlegende Dogmen nicht infrage gestellt und sich über das Gebet als Muslim zu erkennen gegeben habe, aus der Gemeinde gewiesen.¹³³ Es sei nicht zu akzeptieren, daß Muslime zu Ketzern erklärt und daraufhin getötet würden.¹³⁴

Zentral ist auch die Betrachtung des Verhältnisses der Muslime zu den Anhängern der Buchreligionen, Juden und Christen, das in der Betrachtung des Konzepts vom Dschihad (Cihad) zur Sprache kommt. Die Diyanet hält zuerst die Regel fest, daß es im Koran keinen Dschihad der Muslime gegen Muslime gibt und führt dann in Bezug auf die Nichtmuslime aus: "Es ist eine Tatsache, daß der Heilige Koran eine Reihe von harten Worten und Warnungen in Bezug auf Nicht-Muslime enthält. Aber diese Stellen müssen im Gesamtzusammenhang des Korans und des Prozesses der Offenbarung bewertet werden. Diese Verse richten sich gegen Personen und Gruppen, die zu Lebzeiten des Propheten den Muslimen offen in Feindschaft entgegengetreten sind und ihnen den Krieg erklärt haben. Jenseits solcher Situationen ist es die generelle Haltung des Islam und seines Propheten, die Muslime dazu anzuleiten, den Angehörigen anderer Religionen auf der Basis gegenseitiger Toleranz und Duldsamkeit gegenüberzutreten."¹³⁵

Unabhängig von seiner zeitlichen Parallelität mit der Regierungspolitik ist der Bericht eine klare Stellungnahme gegen die salafistische Auffassung von Islam. Er gewinnt noch an Wert, weil er klar gegen die Verketzerung der Schia Stellung bezieht, die sich z.B. in türkischen Kreisen findet, die der Muslimbruderschaft nahe stehen.¹³⁶ Im Zusammenhang mit den Themen Verketzerung und Verhältnis der Muslime zu Nichtmuslimen ist ebenfalls von zentraler Bedeutung, daß die Diyanet 2008 die Todesstrafe für die Abkehr vom Islam auch aus religionsrechtlicher Perspektive abgelehnt hat.¹³⁷

131 Ebenda, S. 19-20.

132 Ebenda, S. 20.

133 Ebenda, S. 21-23.

134 Ebenda S. 32.

135 Ebenda, S. 24.

136 Vgl. "Was ist die Schia?" (türk.) Website *İhvanlar* (Muslimbrüder), ohne Datum, <http://www.ihvanlar.net/2013/05/03/sia-nedir-rafizi-ismailiyye-caferiyye-imamiyye/>. Vgl. für einen Artikel der den Schiiten grundsätzliche Feindschaft den Sunniten gegenüber unterstellt, Bercan Tutar, "Wir dürfen nicht noch ein Jahrhundert verlieren" (türk.) *Yeni Şafak Online*, 14.8.2015, <http://www.yenisafak.com/yazarlar/bercantutar/bir-yuzy%C4%B1%C4%B1-daha-kaybedemeyiz-2018663>.

137 "Fetwa der Diyanet zum Religionswechsel" (türk.) *Vatan* vom 11.4.2008, <http://www.gazetevatan.com/diyanet-ten-din-degistirme-fetvasi-172441-gundem/>.

Im Gegensatz dazu läßt der bereits erwähnte Theologe Karaman, die Tür zur Rechtfertigung der Todesstrafe bei der Abkehr vom Islam sperrangelweit offen.¹³⁸

3.3. Die Haltung der Diyanet zu den Aleviten

Als von der Orthodoxie und dem Staat im Osmanischen Reich verfolgte heterodoxe Glaubensgemeinschaft, traten die anatolischen Aleviten erst mit der Urbanisierung der Türkei in die Öffentlichkeit. Die 80er Jahre erlebten eine Flut von Veröffentlichungen über das Alevitentum, viele Vereine wurden gegründet, Forderungen nach Anerkennung vorgetragen und Gebetshäuser, die so genannten Gemeindegäuser (Cem Evi), eröffnet. Allein für Istanbul wird von über 50 solcher Kultstätten ausgegangen. Als eigene Gruppe werden die Aleviten nicht offiziell registriert. Die Ergebnisse angesehener Umfrageinstitute zeigen, daß von circa 15 Prozent Aleviten in der Bevölkerung ausgegangen werden kann.¹³⁹

Die Forderungen alevitischer Vereine betreffen die Freistellung ihrer Kinder vom verpflichtenden Religionsunterricht, die rechtliche Gleichstellung ihrer Kultstätten mit Moscheen und Kirchen, die Beseitigung finanzieller Privilegien der sunnitischen Mehrheit (was als Streit um die Zukunft und die Struktur der Diyanet ausgetragen wird), und die Gewährung von Gefängnisseelsorge. Der schulische Religionsunterricht fällt in die Zuständigkeit des Generaldirektoriums für Religion im Nationalen Erziehungsministerium (MEB), das sich bislang weigert, Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf Freistellung oder auf Änderung des Lehrplans umzusetzen. Als eigene Religionsgemeinschaft anerkannt sind die Aleviten ausschließlich in Deutschland, wo sie 2004 als Religionsgemeinschaft nach Artikel 7.3 des Grundgesetzes anerkannt worden sind und seit 2008 in einigen Bundesländern alevitischer Religionsunterricht erteilt wird.

In nahtloser Übereinstimmung mit der Haltung des Nationalen Erziehungsministeriums¹⁴⁰ bestimmt die Diyanet das Alevitentum nicht als Religion, sondern als eine seit dem 10. Jahrhundert allmählich entstandene "Sozialstruktur", die Elemente "früherer Glaubenssysteme" (vor der Islamisierung) und des Schiitentums aber auch mystische Praktiken aufweise¹⁴¹, die jedoch nach der Meinung alevitischer Autoritäten (Dede) Teil des Islam sei.

Auch die übergroße Mehrheit der alevitischen Akteure stimmt der Einschätzung des Alevitentums als Teil des Islam zu, besteht aber praktisch auf dem Status einer eigenen Rechtsschule/Konfession. Das erlaubt es, die eigenen Kultformen und Gebetshäuser beizubehalten und Gleichberechtigung und Gleichbehandlung zu verlangen.¹⁴²

138 "Wird der Abkehr vom Islam mit dem Tode bestraft?" (türk.) Website *Musema İslam Arşivi*, 17.2.2009, <http://www.mumsema.org/fetva-soru-ve-cevaplari/83200-irtidadin-din-degistirmenin-cezasi-olum-mudur-bu-uygulama-din-ve-vidan-ozgurlug.html>.

139 Ali Çarkoğu/Binnaz Toprak, *Değişen Türkiye'de Din ve Siyaset* [Religion und Politik in der sich verändernden Türkei], Istanbul 2006, S. 38.

140 Vgl. Günter Seufert, "Alevism as a Subject of religious Instruction in Turkey and Germany", in: Haldun Güllalp/Günter Seufert (Ed.), *Religion, Identity and Politics*, London/New York 2013, S. 147-163.

141 So eine Fetwa der Diyanet, zitiert nach Ali Duran **Topuz**, "Eine Öffnung zu den Aleviten?" (türk.) Website der Zeitung *Gazete Duvar* vom 6.9.2016, <http://www.gazeteduvar.com.tr/yazarlar/2016/09/06/alevilere-acilim-mi-olmus-hemen-geri-alinir/>. [Der Link der Diyanet zum Original war nicht erreichbar.] und [Diyanet], "Können sunnitische Frauen alevitische Männer heiraten?" (türk.), Website *Fetvalar* der Diyanet, o.J., <http://www.fetvalar.com/sorularla-cevabi-3000.html>.

142 "Alevitische Autoritäten benennen ihre 'roten Linien'" (türk.), *Cumhuriyet* 14.1.2016, http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/turkiye/463829/Alevi_onderleri_kirmizi_cizgilerini_acikladi.html.

Genau dies jedoch verhindert die Herangehensweise der Diyanet. So erklärt Diyanet-Präsident Mehmet Görmez am 1.1.2016 für die Behörde gebe es zwei rote Linien: die Anerkennung der Alevitentums als vom Islam getrennte Religion und die Anerkennung der alevitischen Kultstätten als "Alternative zur Moschee" und als Gebetsstätten eines eigenen Glaubens.¹⁴³ Die Diyanet fällt in dieser Frage noch hinter die Regierungspartei zurück, die in ihrem Regierungsprogramm angekündigt hatte, den Cem Evis einen rechtlichen Status zu verleihen.

Zwar ist die Einschätzung der Diyanet religionshistorisch korrekt. Problematisch ist jedoch, dass sie mit islamischer Theologie verknüpft wird. Ganz im Sinne des nationalen Dogmas von einer homogenen muslimischen Nation dient die Haltung der Diyanet letztendlich als Grundlage für die Verweigerung von rechtlicher Gleichstellung und als Druckmittel für die Assimilation der Aleviten in den sunnitischen Mainstream.

Deutlich wird dies in einer Fetwa der Diyanet zur Angemessenheit der Ehe von sunnitischen Frauen mit alevitischen Männern. In zwei Antworten¹⁴⁴ argumentiert die Diyanet, nicht die Rechtsschule/Konfession sei in dieser Frage entscheidend, sondern ob der Bräutigam auch wirklich Muslim in dem Sinne sei, daß er die Glaubensgrundsätze des Islam anerkenne und danach handle. Wer nicht so rede und handle, der sei kein Muslim und mit ihm dürfe die Ehe nicht geschlossen werden. Mit dieser Antwort deutet die Diyanet einerseits an, daß sie Aleviten für potentielle Nichtmuslime hält. Andererseits öffnet sie Aleviten die Tür zur Anerkennung als Muslim, wenn sie sich denn islamischer Praxis assimilieren.

Was die Gefängnisseelsorge angeht, wurde von der Diyanet die Entsendung staatsnaher alevitischer Religionsmänner (Dede) angekündigt¹⁴⁵, jedoch bis heute nicht umgesetzt. Als Begründung dafür wird eine besondere Gefahr genannt, die von alevitischen Häftlingen ausgehen könne. Als Angehörige einer ausgegrenzten Minderheit, die sich in der Regel politisch links verorten gelten Aleviten dem Staat prinzipiell als Sicherheitsrisiko.¹⁴⁶

3.4. Die Haltung der Diyanet zu nicht-muslimischen Minderheiten in der Türkei und zur Mission

Im Vergleich zu den zehn Jahren vor der Erstellung des Erstgutachtens spielte die Situation der vom türkischen Staat als religiöse Minderheiten anerkannten Gemeinden der Griechisch-Orthodoxen Kirche, der armenischen Kirchen verschiedener Konfession und der jüdischen Gemeinde in der öffentlichen Debatte in den letzten Jahren keine große Rolle.¹⁴⁷ Von 2003 bis 2011 hatte die AKP-Regierung über eine Änderung des Stiftungsgesetzes den genannten Gemeinden der Minderheiten

143 "Das ist Görmez' rote Linie" (türk.) Nachrichtenwebsite *Diken* vom 2.1.2016, <http://www.diken.com.tr/bu-da-gormezin-kirmizi-cizgisi-cemevleri-baska-bir-inancin-mabedi-degildir/>.

144 Vgl. Fetvalar der Diyanet und "Skandalöse Antwort der Diyanet auf skandalöse Frage" (türk.), *Cumhuriyet* vom 4.1.2016, http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/turkiye/458004/Diyanet_ten_skandal_soru__skandal_cevap.html.

145 Website *Dini Bülten* vom 1.6.2016, <http://www.dinibulten.com/imamlar/680-din-gorevlisi-cezaevinde/1291>.

146 Topuz.

147 Vgl. Aydın Samur, "Abriß der Zeitgeschichte des Staates in Sachen [Christliche] Mission (türk.), Website *Adalet Zemin* vom 22.1.2017, <http://adaletzemini.org/22-ocak-2017-misyoner-karsitligi-uzerinden-devletin-kisa-yakin-tarihi/>.

insgesamt über 1 000 Immobilien zurückerstattet, die in den 30er Jahren enteignet worden waren.¹⁴⁸ Der Gesamtwert der Rückerstattungen betrug circa eine Milliarde USD, und das Thema hatte zusammen mit aufgebauchten Berichten über christliche Mission in der Türkei und Anschlägen auf Geistliche das Land über Jahre in Atem gehalten.

Verglichen damit hat sich die Situation merklich entspannt. Seit 2004 ist in der Religionsstiftung kein Buch mehr über den 'schädlichen Einfluß christlicher Mission' erschienen.¹⁴⁹ Das Thema Mission und Diyanet tauchte in den letzten Jahren nur noch in apologetischen Stellungnahmen des Präsidenten der Behörde auf. Er wollte strikt unterschieden wissen, zwischen einer letztendlich böswilligen Mission christlicher Kirchen unter den Muslimen und einem stets interesselosen Einsatz der Diyanet in muslimischen Ländern, der ausschließlich der Verbreitung des rechten Islamverständnisses diene.¹⁵⁰ Eher islamistische Akteure, wie die Milli Görüş-nahe IHH halten die Angst vor christlicher Mission dagegen nach wie vor wach.¹⁵¹

Im Verhältnis zu nichtmuslimischen Gemeinden verbleibt die Diyanet in den von der Regierungspolitik gesetzten Grenzen. So ignoriert sie die weitgehend aus muslimischen Konvertiten bestehenden türkischen protestantischen Gemeinden. Deren Aktivitäten werden zwar weitgehend geduldet, doch werden ihnen keinerlei Rechte gewährt. Die offiziell anerkannten autochthonen Gemeinden jedoch, sind für die Diyanet regelmäßig Partner im interreligiösen Dialog. Die Diyanet setzt sich sogar für die Eröffnung des griechisch-orthodoxen Priesterseminars auf der Istanbul Insel Halki ein, das 1971 vom Militär geschlossen wurde. Die türkische Regierung fordert als Voraussetzung dafür mehr Selbstverwaltungsrechte für die türkischsprachigen Muslime in Westthrazien. Mehmet Görmez will sich dieser Forderung nicht anschließen. Religionsfreiheit beruhe nicht auf Gegenseitigkeit.¹⁵² Ähnlich positioniert sich Görmez auch beim Thema Ausbildung des armenischen Klerus. Es sei nicht richtig, daß griechische und armenische Christen für das Studium ihrer Religion auf Griechenland bzw. die Republik Armenien ausweichen müssen.¹⁵³

3.5. Die Haltung der Diyanet zur Frauenfrage

Da der Vorgänger des jetzigen Präsidenten der Diyanet, Prof. Dr. Ali Bardakoğlu, infolge einer Auseinandersetzung mit der Regierung um das Kopftuch abberufen worden war, wurde mit einer konservativeren Politik seines Nachfolgers, des heutigen Präsidenten Prof. Dr. Mehmet Görmez in der Frauenfrage gerechnet.

148 Bericht der United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF) von 2016, Teil Türkei, S. 3 (auf Türkisch), Website der USCIRF; https://www.uscirtf.gov/sites/default/files/Turkey%202016_Turkish.pdf.

149 Website der Religionsstiftung, *Diyanet Vakfi*, <http://www.diyantevakfiyayin.com.tr/index.php?Option=DetayliBilgi&No=243>.

150 "Der Präsident der Religionsbehörde stellt klar, daß es im Islam keine Mission, sondern nur Verkündigung gibt" (türk.), Website *İnanç* (Glauben), 18.5.2012, <http://www.on5yirmi5.com/haber/inanc/islam/91074/islamda-teblig-vardir-misyonerlik-yoktur.html>.

151 "Konferenz zur historischen Entwicklung der Missionsaktivitäten" (türk.), Website *Haberler* 12.12.2016, <http://www.haberler.com/tarihi-surec-icinde-misyonerlik-ve-faaliyetleri-9054790-haberi/>.

152 Görmez zit. nach Mutluer, S. 42.

153 Görmez nach Ebenda.

Tatsächlich kam es gleich in den ersten Wochen der Amtszeit des neuen Präsidenten zur Entlassung der Theologin Ayşe Sucu, die sich ganz im Sinne des früheren Präsidenten geäußert hatte. Sucu hatte erklärt, der Koran schreibe nicht die Form der Bedeckung vor. Frauen könnten deshalb ihre Frömmigkeit in der Form zum Ausdruck bringen, die sie selbst für richtig halten. Sucu wehrte sich außerdem dagegen, das Ansehen und die Sittlichkeit (*namus ve iffet*) der Frau von Äußerlichkeiten abhängig zu machen. Weder sei das Kopftuch eine Voraussetzung dafür, als Muslima anerkannt zu werden, noch sei es gerechtfertigt, Studentinnen, die das Tuch tragen, den Zugang zur Universität zu verweigern.¹⁵⁴

Sucu hatte eine steile Karriere hinter sich. Sie war die erste Frau in der Diyanet im Range eines akademischen Pädagogen (*eğitim uzmanı*), war maßgeblich an der Entwicklung der Religionsprogramme des staatlichen Fernsehens TRT beteiligt, baute die Frauenabteilung der Religionsstiftung (*Diyanet Vakfı*) auf und leitete diese mehrere Jahre.¹⁵⁵

Sucu, die heute als Kolumnistin einer säkularen Tageszeitung und als Autorin tätig ist, glaubt, eine gravierende Veränderung in der Haltung der Behörde zur Frauenfrage feststellen zu können.¹⁵⁶ Als Vorsitzende der Frauenabteilung der Religionsstiftung habe sie insbesondere mit der damaligen Staatsministerin für Frauen und Familien Nimet Çubukçu (2004-2009) zusammengearbeitet. Man habe sich damals stark an den Erwartungen der Europäischen Union orientiert und die Frau als Individuum in den Mittelpunkt gestellt.¹⁵⁷ In der heutigen Perspektive der Diyanet würde die Frau erneut primär als Zentrum der Familie betrachtet. Das zeige sich schon in der Änderung der Bezeichnung der Frauenabteilung der Religionsstiftung. Habe diese früher Zentrum für Frauenaktivitäten (*Kadın Faaliyetler Merkezi*) geheißen, firmiere sie heute unter dem Namen Zentrum für Frauen-, Jugend- und Familien (*KAGEM*). Immer stärker nähere sich die Haltung der Diyanet denen stark konservativer Kreise in der Türkei an.¹⁵⁸

Ein Beispiel in diese Richtung ist zweifellos die Haltung der Behörde dazu, ob es angemessen sei, daß die Frau Männern bei der Begrüßung die Hand reicht. 2008 hatte eine viel beachtete Fetwa der Behörde dies ausdrücklich erlaubt und anders lautende Hadithe mit dem Verweis auf arabische Sitten zur Zeit des Propheten zur Seite geschoben.¹⁵⁹ Doch als sich 2016 der Schwiegersohn von Staatspräsident Erdoğan und heutige Minister für Energie und Bodenschätze weigerte, der Frau des früheren Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu, Sare Davutoğlu, die Hand zu reichen, gab ihm der

154 Vgl. "Die Religionsstiftung ist über die Direktorin ihrer Frauenabteilung verärgert" (türk.), *Vatan* vom 21.2.2018, <http://www.gazetevatan.com/diyanet--kadin-mudurune-kizdi-163203-gundem/>.

155 Aus Protest gegen die Entlassung Sucus traten 28 Beamtinnen der Stiftung von ihren Posten zurück. Vgl. die Biographie-Website *Biyografya*, o.J., <http://www.biyografya.com/biyografi/19027>. Die Religionsstiftung wurde 1975 gegründet und ist in vielen praktischen Belangen der ausführende Arm der Religionsbehörde. Über die Stiftung, die auch kommerzielle Unternehmen betreibt, fließen der Religionsbehörde zusätzlich zu ihrem offiziellen Budget weitere beträchtliche Einnahmen zu, über die keine Transparenz hergestellt wird. Vgl. Mutluer, S. 4.

156 Gespräch mit Ayşe Sucu am 14. März 2017 in Ankara.

157 Bestätigt wird dies von Mutluer, S. 47.

158 Ebenda.

159 "Fetwa der Diyanet zum Schütteln der Hände" (türk.) *Radikal* vom 5.10.2008, <http://www.radikal.com.tr/hayat/diyanetten-tokalasma-fetvasi-901814/>.

Fetwa-Telefonservice der Behörde Recht.¹⁶⁰ Eine amtliche Stellungnahme dazu oder gar eine Erinnerung an die frühere Fetwa erfolgte nicht.

Andererseits bemüht sich auch der jetzige Präsident der Diyanet darum, extrem konservativer religiöse Perspektiven auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft zu verändern. Die Zahl von Frauen in der Diyanet selbst aber auch in der Religionsstiftung wird kontinuierlich erhöht und mehr Frauen auf qualifizierte Posten berufen, was immer wieder die Kritik konservativer Kreise hervorruft.¹⁶¹

Görmez selbst wendet sich gegen Veröffentlichungen konservativer Kreise, die beispielsweise innerfamiliäre Gewalt des Mannes gegen die Frau rechtfertigen und bisweilen von AKP-Stadtverwaltungen verteilt werden.¹⁶² Solche Positionen seien weder mit dem Islam des Propheten noch mit der osmanischen Tradition vereinbar, sagt Görmez. Sie seien Ausfluß fehlgeleiteter Traditionen, die fälschlicherweise als Teil der Religion aufgefaßt würden. Der Islam erlaube weder die körperliche Züchtigung der Frau und der Kinder noch die Eheschließung von Minderjährigen.¹⁶³

Wie sein Vorgänger, sieht auch Görmez die korrekte Version von Islam als das geeignete Mittel, in der Tradition verankerte Verhaltensmuster aufzubrechen.¹⁶⁴ Um die Bevölkerung nicht dem Einfluß "irgendwelcher religiösen Gemeinden" zu überlassen, sondern sie "direkt mit dem Koran und den Lehren des Propheten" vertraut zu machen, eröffnet die Behörde in Zusammenarbeit mit der Religionsstiftung seit 2015 die bereits erwähnten Zentren für Frauen, Jugend und Familien (KAGEM), die eng mit den Theologischen Fakultäten kooperieren sollen.¹⁶⁵ Der Aufbruch traditioneller Strukturen ist sicher zu begrüßen. Angesichts der starken politischen Polarisierung der Gesellschaft nach Säkularen und Frommen besteht allerdings die Gefahr einer zunehmenden Dominanz religiöser Diskurse in gesellschaftlichen Fragen.¹⁶⁶

160 "Die Unterstützung der Diyanet für Schwiegersohn Berat ließ nicht auf sich warten" (türk.) Website *Gazete Manifesto* vom 23.3.2016, <http://gazetemanifesto.com/2016/05/23/damat-berata-diyanetten-destek-gecikmedi-kadin-eli-sikmak-haram/>.

161 "Die Diyanet setzt ihre Öffnung zu Frauen fort" (türk.) Website der semi-offiziellen Nachrichtenwebsite *Dini Haber* (Religionsnachrichten) vom 14.7.2016, <http://www.dinihaberler.com/personel-haber/diyanette-kadin-acilimi-devam-ediyor-h95971.html>.

162 "... Wie ist die Frau zu schlagen?" (türk.) Website der Zeitung *BirGün* vom 21.6.2015, <http://www.birgun.net/haber-detay/fetvacı-nurettin-yıldız-dan-ders-kadin-nasil-dovulur-83222.html>. und "Skandalbuch von der Stadtverwaltung" (türk.) Nachrichtenwebsite *t24* vom 15.12.2016, <http://t24.com.tr/haber/belediyeden-yeni-evlilik-skandal-egitim-kitabi-sevisirken-konusursan-cocugun-kekeme-olur,377153>.

163 "Der Präsident der Diyanet: Die Vorstellungen von der Frau im Eheratgeber haben mit dem Islam nichts zu tun" (türk.) *t24* vom 20.12.2016, <http://t24.com.tr/haber/belediyeden-yeni-evlilik-skandal-egitim-kitabi-sevisirken-konusursan-cocugun-kekeme-olur,377153>.

164 Bilal Esen, "Kadına karşı Şiddetin Önlenmesinde Dinin Rolü [Die Rolle der Religion bei der Verhinderung von Gewalt gegen Frauen], *Diyanet Aylık Dergi* (Monatszeitschrift der Diyanet), Januar 2011, <http://www.diyanetdergisi.com/diyanet-dergisi-145/konu-1004.html>.

165 "Die Diyanet eröffnet Frauen- und Jugendzentren" (türk.), Website der Zeitung *Sabah* vom 4.1.2015.

166 Vgl. dazu die Eindrücke auf der Frauenveranstaltung des Mutfi-Amtes Konya zum internationalen Frauentag. Website der Institution o.J., <http://konya.diyanet.gov.tr/Sayfalar/contentdetail.aspx?ContentId=494&MenuCategory=Kurumsal>.

4. ZUSAMMENFASSENDE THESEN

4.1. *Die Diyanet als ein entscheidender Akteur unter anderen im türkischen Islam .*

Angesichts des Verfalls eines in Ansätzen liberalen Diskurses ehemaliger Islamisten in den 90er und frühen 2000er Jahre ist die akademische Theologie an türkischen Universitäten, insbesondere an der Theologischen Fakultät Ankara und in enger Verbindung mit ihr die Diyanet der für Deutschland noch am ehesten zugängliche Partner für Kooperation im religiösen Feld der Türkei.

Diese Potentiale der akademischen Theologie zur Weiterentwicklung eines stärker individuellen und gemäßigt liberalen Verständnisses der Religion in der Türkei bündeln sich zurzeit im Zentrum für Koran-Studien (KURAMER) an der 29-Mayis-Universität in Istanbul. An der Spitze des Zentrums steht der frühere Präsident der Diyanet, Ali Bardakoğlu. Die Institution arbeitet an einer historisch-kritischen Lesart des Korans ohne diesen Begriff freilich in den Mund zu nehmen. Sie wird dafür von Kreisen der Vulgär-Islamisten, die den Muslimbrüdern nahestehen, sowie von Traditionalisten heftig kritisiert.

In den Gegenstandsbereichen Frauenfragen, Belange und legitime Interessen nicht-muslimischer Minderheiten, Kritik des Salafismus/Dschihadismus und der Zurückweisung von fanatischem Antischismus ist die Diyanet, trotz ihrer Schwächen, der einzige relevante religiöse Akteur in der Türkei.

4.2. *Die Diyanet als Behörde*

Angesichts der extremen Politisierung staatlicher (Justiz, Polizei, Universitäten, Schulen, nahezu alle Kulturbetriebe) und nichtstaatlicher (Medien, Zivilgesellschaft) Institutionen hat die Instrumentalisierung der Diyanet durch die Regierung noch keine allzu großen Ausmaße erreicht. Der von Ali Bardakoğlu so genannte „institutionelle Reflex“ der Behörde ist nach wie vor vorhanden.

Die Diyanet ist ebenso wie die theologischen Fakultäten nicht homogen. Zurzeit gewinnen die Angehörigen traditioneller/traditionalistischer Gruppen an Boden. In einigen Universitäten und in einigen Abteilungen der Diyanet sind sie bereits mächtiger als die eher bürokratisch-akademischen Kader. Der ehemalige Präsident der Diyanet Ali Bardakoğlu und die ehemalige Leiterin der Frauenabteilung der Religionsstiftung Sucu unterstreichen unabhängig voneinander die Notwendigkeit, die Kooperation mit Europa gegen Traditionalisten, Vulgär-Islamisten und Salafisten.

Von der Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der Diyanet/DITIB würde direkt Milli Görüş profitieren. In Ankara wird von Überlegungen der Regierungsspitzen berichtet, DITIB notfalls aufzulösen und in Milli Görüş einzugliedern. Ein solcher Zusammenschluss würde den bundesdeutschen Behörden mit einer direkt an die AKP- und Regierungspolitik gebundenen Verein als stärkstem Akteur des türkischen Islam in Deutschland konfrontieren.

Die Diyanet hat nach türkischem Recht offiziell das Monopol auf die Organisation der Religion und auf religiöse Kooperation mit dem Ausland. Sie ist deshalb der einzige türkische Partner mit dem die Kooperation deutscher Behörden das deutsch-türkische Verhältnis nicht noch stärker belastet.

Angesichts ihrer Struktur als staatliche Behörde, deren Handeln auch den türkischen Staat verpflichtet, ist die Diyanet ein Partner, dessen Verhalten sich auch der türkische Staat, die Regierung, zurechnen lassen muß und auf den deshalb innerhalb des diplomatischen Verkehrs Einfluß genommen werden kann.

4.3. Die spezifische nationale Dimension der türkischen Religiosität

In den Augen der Bevölkerung entspringt die Legitimität der Diyanet nicht nur daraus, daß sie einen gemäßigten Islam vertritt, der keine besonderen Anstrengungen vom Gläubigen verlangt. Die Legitimität der Diyanet resultiert gerade auch daraus, daß sie als Kontrollinstrument für radikalere Strömungen und als Integrationsmittel des Nationalstaates wahrgenommen wird. Dies geht aus den Antworten in den Meinungsumfragen hervor, in denen die Kontrollfunktion der Diyanet anerkannt aber auch die Integration der Alewiten gefordert wird. Daraus kann eine spezifische nationale Dimension der türkischen Religiosität und eine Orientierung der türkischstämmigen Muslime auf den Staat abgeleitet werden, weshalb die Infragestellung des religiösen Charakters der Diyanet aufgrund ihrer nationalen und staatlichen Orientierung zur Entfremdung großer Teile der türkischen Muslime in Deutschland führen muß.

Die nationale Färbung einer Religion ist keine Besonderheit der Türkei, sondern eher fast eine globale Norm. Das zeigen ein spezifisch deutscher Protestantismus, die russische Orthodoxie, der US-amerikanische Protestantismus und Nationalkirchen wie die der Armenier und Georgier.

4.4. Das Autoritäre als historische Notwendigkeit für das Säkulare

In den muslimischen Ländern erfolgte die politische Modernisierung vor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung, weshalb der politische Streit nicht in modernen Identitäten (Arbeiterschaft, Bürgertum, areligiöser Liberalismus), sondern in primordialen Identitäten (Religion, Konfession, regionale und verwandtschaftliche Zugehörigkeit) ausgetragen wird. In dieser Konstellation war die Zurückdrängung der Religion zum Zwecke des Aufbaus einer modernen Staatsverwaltung aber auch zur Integration nichtmuslimischer Minderheiten in die Nation nur bürokratisch und damit autoritär zu vollziehen.

4.5. Staatliche Religionsverwaltung als Normalität in muslimischen Ländern

Staatliche Religionsverwaltung ist keine Besonderheit der Türkei, sondern die Normalität in sunnischen Ländern. Beispiele sind der Irak, Syrien, Tunesien und Ägypten.

Auch in der christlichen Welt ist die enge Anlehnung der Kirchen an staatliche Strukturen keine Ausnahme, sondern eher die Regel.

Im Rahmend der Religionsfreiheit betrachtet, liegt das Problem weniger in der Anlehnung von Religionsgemeinschaften an den Staat oder in ihrer Integration in die staatliche Verwaltung, sondern darin, wie die Beziehungen jeweils gestaltet sind, und zwar die Beziehungen der Religionsgemeinschaften zum Staat, die Beziehung der Bürger (gläubig oder nicht-gläubig) zum Staat und die Beziehung der Gläubigen zur Religionsgemeinschaft.

Deutschland ist ein Beispiel dafür, daß alle die Beziehungen eindeutig und mit der Vergabe von gegenseitigen Rechtspositionen gestaltet sind. Die Türkei ist ein Beispiel dafür, daß der Staat in der Regel den Gemeinden (insbesondere den Islamischen) keinerlei verbiefte Recht zugesteht, das

Verhältnis der Gläubigen zur Religionsverwaltung durch einseitig bestehende Rechte der Verwaltung bestimmt ist und der Bürger seine positiven und negativen religiösen Freiheiten vom Staat Schritt für Schritt erkämpfen muß.

Was in der Türkei und in anderen muslimischen Ländern fehlt, sind die Tradition des Rechtsstaats und die dazugehörigen Vorstellungen. Dieser Mangel macht sich in allen gesellschaftlichen Bereichen bemerkbar, nicht nur auf religiösem Feld.

4.6. Der Wegfall der politischen Balance zwischen 'Säkularisten' und Frommen' oder auch 'Kemalisten' und 'Traditionalisten/Islamisten' sowie die sich daraus möglicherweise ergebene neue Rolle der Diyanet und Notwendigkeit für Deutschland darauf zu reagieren

Trotz ihres anhaltenden „institutionellen Reflexes“ steht die Rolle der Diyanet vor einem entscheidenden Wandel.

Im Einparteiensstaat von 1924 bis 1946, hatte die Diyanet primär die Funktion, die Frommen zu kontrollieren und die Religion zurückzudrängen.

Von 1950 bis 2002 war sie insofern ein Zankapfel zwischen den Konservativen/Religiösen und den Kemalisten/Säkularisten, als beide die Diyanet sowohl im Sinne ihrer Politik benutzen wollten als auch beide Angst davor hatten, die Behörde könne zu einflußreich werden und dann die Politik des jeweiligen Gegners unterstützen. Es war die Machtbalance zwischen Konservativen und Säkularisten, die der Behörden in all diesen Jahren einen gewissen Bewegungsspielraum und eine gewisse Eigenständigkeit sicherte.

Von 2002 bis 2013 waren insbesondere die Stellungnahmen und die Politik der Leitung der Religionsbehörde von der Orientierung der damaligen Regierung auf den EU-Beitritt und auf eine Liberalisierung des politischen Systems bestimmt.

Seit 2014 und verstärkt heute, droht die Diyanet vollkommen in die Hände einer Regierung zu gelangen, die einerseits die säkularistische Elite, insbesondere im Militär, der Justiz und an den Hochschulen vollkommen an den Rand gedrängt hat und sich andererseits (politisch und kulturell) von Europa abwendet, ja sich gegen Europa positioniert.

Angesichts der oben genannten Potentiale der akademischen Theologie in der Türkei, angesichts der Legitimität der Diyanet in den Augen der türkischen Bevölkerung und angesichts des nach wie vor bestehenden „institutionellen Reflexes“ der Diyanet empfiehlt sich zwar die Duldung bisweilen sogar die Förderung der theologischen und zivilreligiös/nationalreligiösen Orientierung der DITIB auf die Diyanet notwendig jedoch ist gleichzeitig, die Beendigung einer direkten finanziellen Abhängigkeit bzw. die Nutzung dieser direkten finanziellen Abhängigkeit für unkontrollierte Einflußnahme und das Aufbrechen von direkten Befehlsketten aus Ankara über Köln nach Hessen.

4.7. Die von Görmez und Bardakoğlu geäußerte Bereitschaft der Diyanet, über die Neugestaltung der Beziehungen zu DITIB zu sprechen

Aus der Perspektive der Diyanet haben die Behörde und die Türkei bereits bisher viel für die Integration der türkischen Muslime in Deutschland und für die gegenseitige Kooperation getan (Görmez):

 sie hat dem Islamunterricht auf Deutsch zugestimmt

sie hat den ersten Lehrstuhl für islamische Theologie in Deutschland in Frankfurt eingerichtet und finanziert ihn noch heute
sie hat in Ankara und mittlerweile auch in sechs anderen theologischen Fakultäten Studiengänge für Studenten aus dem Ausland, zu Beginn primär aus Europa, eröffnet
sie hat im August 2010 Ali Dere einen liberalen, perfekt Deutsch sprechenden und überaus engagierten Theologen als Religionsattaché ernannt. Vor Deres Zeit sei es vorgekommen, daß die Diyanet Imame, die auf Deutsch gepredigt haben in die Türkei zurück strafversetzt hat
sie hat sich in Deutschland auf Landesebene organisiert um Ansprechpartner für die Länderbehörden zu werden.

Der Präsident der Behörde macht im Gespräch deutlich, daß man über die Form, in der Diyanet bei DITIB vertreten ist, reden könne.

Vorgesehen war bereits die Gründung einer gemeinsamen ständigen Kommission der Diyanet und des bundesdeutschen Innenministerium zur Klärung aller Fragen. Die Treffen wurden aufgrund der Nachforschungen von Diyanet-Imamen in Deutschland vorläufig ausgesetzt und sollte sobald wie möglich wieder aufgenommen werden.

Dies umso mehr, als viele Anzeichen dafür sprechen, daß die heute noch bestehenden Kooperationsmöglichkeiten mit der Behörde aufgrund des gesamtpolitischen Kräfteverhältnisses in der Türkei aber auch aufgrund der innerbehördlichen Verschiebung der Kräfte nicht in Stein gemeißelt sind.

NACHTRAG: AKTUELLE ENWICKLUNGEN BIS ENDE SEPTEMBER 2017

1. Entwicklungen in der allgemeinen Politik

Am 16. April konnte die Regierungspartei die von ihr angesetzte Volksabstimmung zur Einführung eines „Präsidialsystems türkischer Art“¹⁶⁷ mit 51,4 Prozent der Stimmen knapp für sich entscheiden. Einmal umgesetzt, wird die Verfassungsänderung die Möglichkeiten des Parlaments zur Kontrolle der Regierung entscheidend einschränken und umgekehrt dem Staatspräsidenten und seiner Regierung großen Einfluß auf die Entscheidungen des Parlaments gewähren. In Regierung und Verwaltung werden dann alle Fäden beim Staatspräsidenten zusammenlaufen, der selbst jedoch nur dann zum Rücktritt gezwungen werden, wenn das Parlament dafür seine eigene Auflösung in Kauf nimmt.¹⁶⁸

Der im Referendum angenommene Text zur Änderung der Verfassung sieht die Implementierung des Großteil der neuen Regelungen erst zum Zeitpunkt der nächsten Staatspräsidenten- und Parlamentswahlen vor, die für den November 2019 angesetzt sind. Drei Regelungen jedoch wurden sofort umgesetzt. Zwei davon schlagen tiefe Breschen in das Prinzip der Gewaltenteilung.

Die erste dieser Bestimmungen erlaubt die Mitgliedschaft des Staatspräsidenten in einer politischen Partei. Staatspräsident R.T. Erdoğan trat denn auch umgehend wieder in die Regierungspartei ein, übernahm im Mai erneut deren Vorsitz und sicherte sich damit neben seiner Herrschaft über die Exekutive auch die Macht über die die Legislative. Hat die Regierungsfraktion doch im Parlament die absolute Mehrheit.

Die zweite sofort umgesetzte Regelung betrifft den Rat für Richter und Staatsanwälte (HSK), der für die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten an den Gerichten zuständig ist. Nach der geänderten Verfassung ernennt der Staatspräsident direkt sechs der 13 Mitglieder des Gremiums, die restlichen sieben bestimmt das Parlament, letztendlich mit einfacher Mehrheit. Die absolute Mehrheit der Regierungsfraktion stellt sicher, dass auch diese sieben Mitglieder nicht gegen den Willen Erdogans ernannt werden. So großen Einfluß haben der Staatspräsident und sein Partei jetzt auf die Gerichte, dass bereits von einer „Parteijustiz“ die Rede ist.¹⁶⁹ Bereits im Mai waren die Ernennungen in das hohe Richterergremium abgeschlossen und die Kontrolle der Regierung über die Justiz etabliert.

Im Juli wurde das Kabinett umgebildet. Minister die – wie vorsichtig und verklausuliert auch immer – vor möglichen Fehlern gewarnt oder gar Kritik geäußert hatten, wurden entlassen oder bekamen Ressorts geringer Bedeutung zugewiesen. Das Zentrum der Macht besteht heute aus dem Staatspräsidenten und drei ihm treu ergebenden Ministern, die die Schlüsselpositionen Inneres, Justiz und Energie innehaben.¹⁷⁰

Ebenfalls im Juli setzte die Regierungsfraktion eine Änderung der Parlamentsstatuten durch, die zusammen mit der Redezeit auch die Redefreiheit der Abgeordneten einschränkt. Die Parlamentari-

¹⁶⁷ So R.T. Erdoğan noch als Ministerpräsident in seiner Kampagne für die Änderung.

¹⁶⁸ Vgl. zum Charakter des türkischen Präsidialsystems Christian Rumpf, „Die geplante Verfassungsänderung“, *RRLex*, Stuttgart 4.4.2017.

¹⁶⁹ Mehmet Y. Yılmaz, „Von einer Partei-Justiz Gerechtigkeit erwarten!“ (türk), *Hürriyet-Online* vom 26.1.2017, <http://www.hurriyet.com.tr/yazarlar/mehmet-y-yilmaz/partili-yargidan-adalet-beklemek-40346632>.

¹⁷⁰ Aslı Aydıntaşbaş, „Kabinettsänderung“ (türk). *Cumhuriyet Online* 20.7.2017, http://www.cumhuriyet.com.tr/koseyazisi/785233/Kabine_degisikligi.html#.

er werden außerdem zu offener Stimmabgabe gezwungen, was ihre Kontrolle durch die Parteiführungen erleichtert.¹⁷¹

Am 15. August wurde schließlich die Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft nach dem Ausnahmezustandsrecht mit der Nr. 694 erlassen.¹⁷² Die Verordnung ist von ganz anderem Charakter als ihre Vorgängerinnen, mit denen die Säuberungen in Bürokratie und Justiz vorgenommen wurden¹⁷³. Die neue Verordnung nimmt Änderungen in mehr als zwölf Gesetzen vor und greift damit tief in die Gesetzgebungskompetenz des Parlaments ein. Sie unterstellt den Geheimdienst, der bislang dem Ministerpräsidenten verantwortlich war, dem Staatspräsidenten. Damit wird ein Schritt vollzogen, der nach der geänderten Verfassung erst zum November 2019 und durch Gesetzesänderung des Parlaments hätte getan werden dürfen. Verstanden werden kann dieses Vorgehen nur a) als Ausdruck einer großen Ungeduld des Staatspräsidenten, die sofortige Verfügung über den Geheimdienst zu erlangen, b) als Anzeichen dafür, dass die Rolle des Dienstes in der innenpolitischen Auseinandersetzung zunehmen wird und c) daß die Konzentration der Macht in den Händen des Staatspräsidenten zügig voranschreiten wird und mit seinem direkten Zugriff auf weitere Institutionen zu rechnen ist.

2. Entwicklungen mit Bezug auf die Diyanet

Bereits am 25. April verkündete Staatspräsident Erdoğan aus scheinbar heiterem Himmel, der Präsident der Religionsbehörde Mehmet Görmez wünsche eine neue Aufgabe.

Am 19. Mai wurde Mehmet Emin Özafşar, einer der zwei Stellvertreter des Diyanet-Präsidenten, für die Öffentlichkeit überraschend und ohne Angabe von Gründen seines Amtes enthoben. Özafşar gilt als Hadith-Spezialist¹⁷⁴ und war zusammen mit Görmez und dessen Vorgänger Bardakoğlu maßgeblich an der Erstellung der neuen Hadith-Kollektion der Behörde beteiligt. Er soll sich zusammen mit seinem Vorgesetzten Mehmet Görmez gegen die direkte Einbindung der Behörde in die aktuelle Regierungspolitik gewehrt haben.¹⁷⁵

Eine Woche später wurde der Präsident der Behörde Mehmet Görmez mit offensichtlich gefakten ‚Beweisen‘ der Sympathie für Fethullah Gülen beschuldigt.¹⁷⁶ Die darauffolgende Kampagne gegen ihn wurde von einem regierungsnahen Medienhaus angeführt. Ende Juli schied Görmez aus dem Amt, ohne daß die Öffentlichkeit zweifelsfrei erfuhr, ob er förmlich entlassen oder zum Rücktritt gezwungen worden war. In extrem konservativen religiösen Kreisen wurde Görmez‘ Abberufung

¹⁷¹ Nachrichtenwebsite *Oneido* vom <https://onedio.com/haber/8-maddede-yeni-tbmm-ic-tuzugu-ile-gelen-degisiklikler-780095> vom 4.8.2017.

¹⁷² PDF des Dokuments im Archiv der Nachrichtenwebsite *t24*, http://t24.com.tr/files/20170825055016_khk-1.pdf (Zugriff 31.8.2017). Dies ist bereits die 27. Rechtsverordnung unter dem Ausnahmezustandsrecht.

¹⁷³ Für die Regierung notwendige Antworten auf den mißlungenen Putschversuch von Teilen des Militärs im Juli 2016.

¹⁷⁴ Ali Bardakoğlu, „Der Vorwurf Gülenist zu sein, ist heute eine Allzweckwaffe, die gegen jeden gebraucht werden kann“ (türk), *t24* Online vom 29.5.2017: <http://t24.com.tr/haber/eski-diyamet-baskani-bardakoglu-fetoculuk-maymuncuk-gibi-otekine-dogrultulan-bir-silah-oldu,406306>.

¹⁷⁵ Ahmet **Takan**, „Wie die Diyanet diszipliniert worden ist“ (türk.), Website der rechten Zeitung *Yenicag* vom 29.8.2017, <http://www.yenicaggazetesi.com.tr/diyamete-racon-nasil-kesilmisti-44034yy.htm>.

¹⁷⁶ Nachrichtenwebsite *t24* vom 26.5.2017. <http://t24.com.tr/haber/gormez-fetoye-mektup-gondermedi-peki-ortaligi-kim-nasil-karistirdi,405956>

begeistert aufgenommen. Görmez habe „die Gültigkeit der Hadithe bezweifelt“ und sei der bislang für den Islam „gefährlichste Präsident“ der Behörde gewesen.¹⁷⁷

Als Gründe für Görmez' Verdrängung aus dem Amt – seine Amtszeit hätte regulär erst 2020 geendet – können deshalb genannt werden, ein – wie vorsichtig auch immer vorgetragener – Widerstand gegen die direkte parteipolitische Instrumentalisierung der Behörde¹⁷⁸ und Skepsis gegen den wachsenden Einfluß extrem konservativer zivilgesellschaftlich organisierter religiöser Gruppen.

Am 18. September trat der neue Präsident der Religionsbehörde, Prof. Ali Erbaş sein Amt an. In der ersten Rede in seiner neuen Funktion schlug er einen Bogen von Fethullah Gülen und dessen Anhängern zum „Säkularismus“. Erbaş sagte, das Präsidium für religiöse Angelegenheiten müsse seine Anstrengungen verdoppeln, um den Schaden zu reparieren, den die „Fethullah-Gülen-Terrororganisation“ in den Hirnen und Herzen junger Menschen angerichtet habe. Wichtig sei aber auch, sich des Erbes aller Märtyrer anzunehmen, - besonders der Märtyrer, die im Widerstand gegen den gescheiterten Putschversuch ihr Leben gelassen haben. Denn nur durch das Blut der Märtyrer sei der Boden, auf dem man stehe, zum Vaterland geworden. Es gehe ferner um die Wiederherstellung der Einheit der islamischen Umma und darum, die ewig-gültige Botschaft Gottes und seines Propheten einer Menschheit zu übermitteln, die sich hilf- und orientierungslos in den Fängen des Säkularismus' winde.¹⁷⁹

Prägnanter könnte der ideologische Diskurs der heutigen Regierung nicht in wenigen Worten zusammengefaßt werden. Als Reaktion auf das Treiben einer religiösen Gruppe – der Gülen-Bewegung - die sich im Staatsapparat weitläufig organisiert hatte, soll nicht mit einem mehr an Transparenz und strikter Beachtung der Kriterien Qualifikation, Eignung und Leistung im öffentlichen Dienst reagiert werden, sondern mit einer Verstärkung des religiösen und des nationalen Sentiments. In seinem Statement benutzt der neue Präsident der Diyanet mot a mot Wendungen, die der Staatspräsident geprägt hat.

Die Rede Erbaşs wurde weithin als Kampfansage an das Prinzip des Laizismus aufgefaßt¹⁸⁰, auf dessen Beachtung die Verfassung die Behörde immer noch verpflichtet. Es kam in der Rede nicht vor.

Nahezu zeitgleich zu der Amtsübergabe in der Diyanet legte die Fraktion der Hauptoppositionspartei CHP im Stadtrat von Istanbul einen Bericht darüber vor, in welchem Ausmaß die AKP-Stadtverwaltung in den letzten Jahren konservative religiöse Stiftungen durch die Überlassung von Grundstücken, den Verzicht auf Mietzahlungen und die Übernahme der Unterhaltung von Gebäuden gefördert hat.¹⁸¹ An der Spitze der Zuwendungsempfänger stehen die Stiftung für Dienste an

¹⁷⁷ So der Nakşibendiyya-Scheich Ahmet Mahmut Ünlü, Nachrichtenwebsite *Diken* vom 12.8.2017, <http://www.diken.com.tr/cubbeli-el-yukseltti-gormezi-imani-sorunlu/>.

¹⁷⁸ So etwa Hakan Albayrak, „Zum Abschied von Hodscha Mehmet Görmez“ (türk). *Karar*-Online vom 29.7.2017, <http://www.karar.com/yazarlar/hakan-albayrak/mehmet-gormezi-hoca-giderken-4559>.

¹⁷⁹ Zitiert nach Tayfun **Atay**, „Man sagt Säkularismus und meint Laizismus“ (türk.), *Cumhuriyet* Online vom 20.9.2017, http://www.cumhuriyet.com.tr/koseyazisi/827391/Sekulerizm_sana_soyluyorum_laiklik_sen_anla.htm/#.

¹⁸⁰ Vgl. Atay, weiterhin Stellungnahmen wie die der CHP-Abgeordneten Eren Erdem und Tür Yıldız Biçer, des früheren Justizministers Hikmet Sami Türk und des ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichts Yekta Güngör Özden.

¹⁸¹ *Cumhuriyet*-Online vom 18.9.2018, http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/turkiye/825927/Ensar_sevdasi_talana_dondu.html# und 19.9.2018,

der Jugend und Bildung (TÜRGEV) und die Stiftung der Prophetengefährten (Ensar Vakfi). Im Verwaltungsrat von TÜRGEV sitzen unter anderem der Sohn des Staatspräsidenten Bilal Erdoğan und seine Tochter Esra Albayrak. Dem Stiftungsrat der Ensar-Stiftung gehören unter anderem ein AKP-Stadtteil-Bürgermeister von Istanbul und Abgeordnete der Regierungspartei an. Der langjährige AKP-Bürgermeister der Stadt, Kadir Topbaş war unter den Gründungsmitgliedern der Stiftung. Am 28. Mai nutzte Staatspräsident Erdoğan die Generalversammlung der Stiftung dazu, sie und andere konservative NGOs zu einem Wettbewerb um die religiöse und sittliche Formung der Jugend einzutreten. Denn trotz der 14 Jahre, die seine Partei nun die politische Herrschaft innehat, sei es ihr nicht gelungen, auch den sozialen und kulturellen Raum zu dominieren.¹⁸²

3. *Schlußfolgerungen*

Im Lichte der neuesten Entwicklungen, deren generelle Richtung ja vermutet worden war, lassen sich folgende Punkte festhalten.

1. Das jahrzehntelange Changieren der Diyanet zwischen einem Akteur, der Religion im Namen des Laizismus kontrolliert, und einem, der die Verstärkung religiöser Zugehörigkeit und Identität verfolgt, ist klar zugunsten der letztgenannten Funktion entschieden.¹⁸³
2. Erwartungen über eine größere Unabhängigkeit der Behörde von der Exekutive sind nicht mehr realistisch. Als Reaktion auf Görmez' Ausscheiden aber auch darauf, daß Staatspräsident Erdoğan sich den Geheimdienst früher als erwartet direkt unterstellt hat, gehen einige Beobachter davon aus, daß auch die Religionsbehörde schon in Kürze dem Staatspräsidenten zugeordnet werden könnte.¹⁸⁴ Nicht ausgeschlossen ist indessen, daß die Behörde – wie unter 2.2.2.1. beschrieben – mit der Stiftungsdirektion in einem Religionsministerium zusammengefaßt wird. Denn die Politik der Regierung ist generell auf die Verstärkung islamischer Symbolisierung von Staat und Nation gerichtet.
3. Die in 2.2.2.2. beschriebene Hoffnung des ehemaligen für die Diyanet zuständigen Staatsministers Mehmet Aydın, die Behörde könne im Verlauf allgemeiner Demokratisierung und in Parallelität mit anderer Institutionen – wie Justiz und Universitäten – größere Handlungsfreiheit erlangen, ist angesichts der parteipolitischen Ausrichtung von Justiz und Universitäten ebenfalls nicht mehr aktuell.
4. Angesichts der augenblicklichen innenpolitischen Klimas aber auch angesichts der Spannungen im deutsch-türkischen Verhältnis müssen sich die deutschen Behörden bei der Zusammenarbeit mit der Diyanet zumindest mittelfristig auf eine eher konfrontative Politik Ankaras gefaßt machen.

http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/turkiye/826573/iBB_den_parsel_parsel_kiyak..._Dinci_vakiflara_800_Milyon_lira.html#.

¹⁸² „Staatspräsident Erdoğan: Wir sind seit 14 Jahren an der Regierung, aber noch immer fehlt ...“ Website der Zeitung *Vatan* vom 28.5.2017, <http://www.gazetevatan.com/cumhurbaskani-erdogan-konusuyor-1071055-siyaset/>.

¹⁸³ Eine sicher übertriebene Formulierung, die gleichwohl die Richtung der Entwicklung wiedergibt: "Zu Beginn hatte die Republik eine Religionsbehörde. Heute sind wir auf dem besten Weg zur Republik der Religionsbehörde zu werden.", so Atay.

¹⁸⁴ Takan und außerdem Nagehan Alçı, „Welche Institutionen werden – nach dem Geheimdienst – als nächstes dem Staatspräsidenten unterstellt?“ (türk), Website der Zeitung *Haber Türk* vom 28.8.2017, <http://www.haberturk.com/yazarlar/nagehan-alcı/1613115-mit-ten-sonra-hangi-kurumlar-cumhurbaskanligina-baglanacak>.

5. Im Lichte der Verstärkung des instrumentellen Charakters der Diyanet für die türkische Regierung und angesichts der Spannungen im deutsch-türkischen Verhältnis wird sich der Spielraum für unterschiedliche Herangehensweisen einzelner Bundesländer schnell verengen. Einzelne Bundesländer und der Bund sind gut beraten, eine einheitliche Strategie im Umgang mit der Behörde zu entwickeln.
6. Die aktuellen Entwicklungen verstärken die Notwendigkeit und Dringlichkeit, der unter 4.6. formulierten Empfehlungen.
7. Wesentlich wird eine klare, konsequente und bundesweit möglichst einheitliche Politik sein, die a) die Selbstverwaltungsstrukturen von DITIB stärkt, b) den Rahmen legalen und legitimen Handelns klar benennt und Übertretungen sanktioniert, c) die unter 4.6. angesprochene Befehlskette schwächt und finanzielle und organisatorische Abhängigkeiten reduziert und d) gleichzeitig den theologischen Austausch mit der Behörde und den Theologischen Fakultäten offen hält.

INTERVIEWS UND HINTERGRUNDGESPRÄCHE

Gabriel Goltz, Mitarbeiter an der Vorbereitung der Islam-Konferenz, langjähriger Kenner der Diyanet, Bundesministerium des Inneren, am 27. Februar und am 11. Juni in Berlin.

Dr. Nil Mutluer, Coautorin der aktuellsten Studie über die Diyanet und z.Zt. Gastwissenschaftlerin an der Freien Universität, am 8. März in Berlin.

Şafak Pavay, damals Mitglied des türkischen Parlaments (CHP) am 10. März in Berlin.

Prof. Mehmet Görmez, damals amtierender Präsident der Diyanet am 13. März in Ankara.

Ayşe Sucu, Theologin und frühere Leiterin der Abteilung für Frauenfragen der Religionsstiftung, z.Zt. Kolumnisten der Tageszeitung Sözcü am 14. März in Ankara.

Prof. Dr. Ali Dere, frühere Religionsattaché an der türkischen Botschaft in Berlin, Koordinator des Theologieprogramms für ausländische Studierende an der Theologischen Fakultät Ankara, am 16. März in Ankara.

Prof. Ali Bardakoğlu, Vorgänger des damals amtierenden Präsidenten der Behörde, Leiter des Zentrums für Koranstudien (KURAMER) an der 29 Mayıs-Universität Istanbul, am 17. März in Istanbul.

Prof. Dr. Bekim Agai, Geschäftsführender Direktor, Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam, Goethe-Universität, Frankfurt a.M., am 19. September in Köln.